

Aus Atemluft wird erster Ton
Kreismusikschultag: Großes Interesse an vielseitigem Angebot. ► SEITE 7

„Uns schickt der Himmel“
72-Stunden-Aktion des BDKJ mit Teilnehmern aus Schifferstadt. ► SEITE 9

Wenn die Wahrheit unbequem ist
Vernissage mit Werken von Dr. Karin Bury und Hubert Glomb. ► SEITE 9

Dienstag, 16. April 2024 · 1,20 €

Amtliches Organ der Stadtverwaltung Schifferstadt

120. Jahrgang · Nr. 99

WETTER

Heute



5° – 12°

► FERNSEHEN / WETTER

HEUTE LOKAL

Bewegungsangebot beim Turnverein Schifferstadt

Im Rahmen der Kampagne „Vereint in Bewegung – draußen aktiv“, unterstützt durch das Ministerium des Innern von Rheinland-Pfalz, bietet der Turnverein folgende Aktionen an: Gemeinsames Wandern mit und ohne Stöcke.

► SEITE 9

AM MITTWOCH IM TAGBLATT



INHALT

Lokal	7
Notrufe	8
Sudoku	8
Rätsel	8
Roman	10
Ratgeber	12

KONTAKT

Schifferstadter Tagblatt
Bahnhofstraße 70
67105 Schifferstadt

Telefon 06235/92690
www.schifferstadter-tagblatt.de

Abonnenten-Service:
Telefon 92690
info@schifferstadter-tagblatt.de

Anzeigenabteilung:
Telefon 92690
anzeigen@schifferstadter-tagblatt.de

Redaktion:
Telefon 92690
redaktion@schifferstadter-tagblatt.de

Kostenlose Newsletter:
www.schifferstadter-tagblatt.de/newsletter

Soziale Medien
www.facebook.com/schifferstadter.tagblatt
Instagram
@schifferstadtertagblatt
linkedin
www.linkedin.com/company/schifferstadtertagblatt
WhatsappKanal

Öffnungszeiten des Verlagsbüros:

Dienstag, Donnerstag:
8 bis 11 Uhr.

Telefonisch erreichen Sie uns:
Montag bis Freitag von
8 bis 12 Uhr.
Sollten Sie Ihr Tagblatt nicht erhalten haben, melden Sie uns dies - gerne auch per Mail - bis spätestens 11 Uhr.

Mogelpackung Ökogas?

Immer wieder werben Anbieter mit klimaneutraler Energie – und beteiligen sich dafür an Kompensationsprojekten. Doch es gibt Zweifel an deren Wirksamkeit. ► KOMMENTAR / HINTERGRUND



Foto: streetflash – stock.adobe

Werden Abtreibungen bald legal?

Kommission empfiehlt, Schwangerschaftsabbrüche in ersten zwölf Wochen grundsätzlich zu erlauben / Koalition prüft

Von Fatima Abbas
und Jörg Ratzsch

BERLIN. Bleiben Abtreibungen in Deutschland grundsätzlich weiter strafbar? Wer am Montag konkrete Antworten auf diese Frage erwartet hatte, der wurde enttäuscht. Die Bundesregierung wolle die Empfehlungen von Experten jetzt erst einmal sehr genau prüfen, hieß es unisono von drei Bundesministern, denen eine Botschaft sehr wichtig zu sein schien: Das Thema ist zu ernst für Polemik und überhastete Entscheidungen.

Diskussion über Eizellspende und Leihmutterchaft

Kurz davor hatte eine Expertenkommission der Bundesregierung unter anderem empfohlen, Schwangerschaftsabbrüche in den ersten zwölf Wochen künftig grundsätzlich zu erlauben. Ein Thema, über das schon in den vergangenen Tagen kontrovers diskutiert worden war – weil Teile des Berichts an die Öffentlichkeit gelangt waren. Die Bundesre-

gierung hatte die Experten vor gut einem Jahr damit beauftragt, sich den schwierigen Fragen des Schwangerschaftsabbruchs, der Eizellspende und der Leihmutterchaft zu widmen. Zu den beiden letzteren Komplexen halten die Experten auch eine Legalisierung unter bestimmten Voraussetzungen für möglich. Sowohl die Spende von Eizellen als auch die Leihmutterchaft sind in Deutschland bislang verboten.

Eine Aussage zur Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in den ersten zwölf Wochen wollten weder Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) noch seine anwesenden Kabinettskollegen, Justizminister Marco Buschmann (FDP) und Familienministerin Lisa Paus (Grüne), am Montag treffen. Es brauche bei einer so „hochsensiblen Materie“ einen „breiten gesellschaftlichen und natürlich auch parlamen-

tarischen Konsens“, erklärte Lauterbach. „Was wir nicht brauchen, ist eine weitere Debatte, die die Gesellschaft spaltet.“ Die Empfehlungen würden jetzt regierungsbinnen beraten und anschließend an die Fraktionen weitergeleitet. Einen Zeithorizont könne noch niemand nennen.

Ein Beratungsgespräch ist derzeit gesetzliche Pflicht

Eine Abtreibung ist in Deutschland nach Paragraph 218 des Strafgesetzbuches grundsätzlich rechtswidrig, aber nicht strafbar, wenn sie innerhalb der ersten zwölf Wochen stattfindet und die Frau sich zuvor hat beraten lassen. Ohne Strafe bleibt ein Abbruch zudem, wenn medizinische Gründe vorliegen oder wenn er wegen einer Vergewaltigung vorgenommen wird. Laut Statistischem Bundesamt gab es in Deutschland im Jahr 2022 insgesamt knapp 104.000 Schwangerschaftsabbrüche. Kommissionsmitglied Frauke Brosius-Gersdorf weist darauf hin, dass die grund-

sätzliche Strafbarkeit derzeit zu einer unsicheren Situation für Frauen führe, weil Abtreibung „als Unrecht gekennzeichnet“ sei. Würde die Illegalität aufgehoben, würden auch die Krankenkassen die Kosten für den Eingriff regulär übernehmen. Laut den Experten belaufen sie sich derzeit auf bis zu 600 Euro.

Immerhin zur Versorgung von Frauen, die einen Abbruch vornehmen lassen wollen, versprach Lauterbach Verbesserungen – ganz unabhängig von der Frage der Legalisierung. „Wir haben hier große Probleme, die Verfügbarkeit ist nicht gegeben“, sagte der Minister mit Blick auf die flächendeckende Versorgung mit entsprechenden Stellen und Arztpraxen. Nach der kürzlich veröffentlichten „Elsa-Studie“ haben vor allem Frauen im Süden und Westen Deutschlands Probleme, einen Eingriff innerhalb einer Distanz von 40 Minuten Autofahrt vornehmen zu lassen. Das werde die Bundesregierung angehen, versprach Lauterbach.



Familienministerin Lisa Paus und Gesundheitsminister Karl Lauterbach sprechen über den Kommissionsbericht. Foto: dpa

Tesla setzt den Rotstift an

AUSTIN (dpa). Tesla-Chef Elon Musk will angesichts der Flaute am Markt für Elektroautos und schwacher Verkäufe weltweit mehr als jede zehnte Stelle im Unternehmen streichen. Es sei extrem wichtig, sich jeden Aspekt im Unternehmen hinsichtlich Kosten und Produktivität anzusehen, hieß es in einer internen Mail des Firmenchefs. Nach einer eingehenden Prüfung habe das Unternehmen entschieden, die Stellenanzahl um mehr als zehn Prozent zu senken. Tesla beschäftigte nach eigenen Angaben Ende des vergangenen Jahres 140.473 Mitarbeiter. Damit stehen nun mehr als 14.000 Jobs auf der Kippe. Details zu dem geplanten Abbau von Arbeitsplätzen wurden nicht öffentlich. Auch Angaben dazu, ob und wie viele Stellen in Teslas einzigem Europawerk in Grünheide bei Berlin von den Streichungen betroffen sein könnten, gab es zunächst nicht. „Was das für Grünheide bedeutet, dazu hat selbst der Betriebsrat noch keine Information“, sagte Dirk Schulze, IG Metall-Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen, am Montag.

Prozess gegen Trump gestartet

NEW YORK (dpa). Erstmals in der Geschichte der Vereinigten Staaten hat ein Strafprozess gegen einen ehemaligen US-Präsidenten begonnen. Das zuständige Gericht eröffnete den Prozess gegen Donald Trump im Zusammenhang mit Schweigegeldzahlungen an eine Pornodarstellerin am Montag in New York. Die Staatsanwaltschaft legt Trump Fälschung von Geschäftunterlagen zu Last. Dieser hat auf nicht schuldig plädiert. Auf der Tagesordnung stand die Auswahl der Geschworenen, die sich über mehrere Tage hinziehen könnte. Der Prozess könnte nach Gerichtsangaben bis zu acht Wochen dauern. Bei Verurteilung droht dem 77-Jährigen eine mehrjährige Gefängnisstrafe.



Westliche Staaten fordern von Israel Zurückhaltung

Nach Raketenhagel aus dem Iran denkt Regierung Netanjahu intensiv über Gegenschlag nach / Baerbock: „Vergeltung ist keine Kategorie im Völkerrecht“

TEL AVIV (dpa). Während Israel nach dem beispiellosen Großangriff des Iran weiter über mögliche Gegenschläge berät, mehren sich die Aufrufe internationaler Partner zu Zurückhaltung. Bundeskanzler Olaf Scholz forderte Israel am Montag zur Deeskalation auf. Auch die USA als wichtigster Partner des jüdischen Staates mahnten Medienberichten zufolge an, „sorgfältig und strategisch über die Risiken einer Eskalation nachzudenken“. Indes sieht sich Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu mit

Forderungen aus seiner Regierung zu schnellem und hartem Handeln konfrontiert.

Ob die Appelle aus dem Ausland wahrgenommen werden, wird sich zeigen. Mit Spannung waren in dem Zusammenhang die Beratungen des israelischen Kriegskabinetts erwartet worden. Zum zweiten Mal innerhalb von 24 Stunden tagte am Montag das Gremium unter Vorsitz von Netanjahu. Das Kriegskabinettt konnte nach der dreistündigen Beratung jedoch keinen Entschluss vorweisen. Bei der Sitzung seien aber meh-

rere Optionen für einen möglichen israelischen Vergeltungsschlag erörtert worden, hieß es.

Regierungsvertreter und Armee bekräftigten in den vergangenen Tagen, dass es eine Reaktion – in welchem Ausmaß auch immer – geben werde. Israels Vertreter bei den Vereinten Nationen, Gilad Erdan, sagte etwa bei einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats, sein Land habe das Recht, Vergeltung zu üben.

Außenministerin Annalena Baerbock pochte unterdessen auf die Einhaltung des Völker-

rechts. „Das Recht auf Selbstverteidigung bedeutet die Abwehr eines Angriffes. Vergeltung ist keine Kategorie im Völkerrecht“, sagte die Grünen-Politikerin.

Die weitgehend erfolgreiche Abwehr der rund 300 Drohnen und Raketen sei „ein Erfolg, der vielleicht auch nicht verschenkt werden sollte“, sagte indes Scholz. „Deswegen auch unser Ratschlag, selbst zur Deeskalation beizutragen.“ Scholz richtete aber auch erneut eine Warnung an den Iran. Der erste Angriff auf israel-

isches Territorium überhaupt sei eine „schlimme Eskalation“ gewesen, die nicht hätte stattfinden dürfen, sagte er. Ähnlich äußerte sich auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. „Wir werden alles tun, um einen Flächenbrand, also eine Eskalation, zu verhindern“, sagte er im französischen Fernsehen. Man wolle Israel davon überzeugen, dass eine Antwort auf den iranischen Angriff keine weitere Eskalation sein sollte. Der britische Außenminister David Cameron riet im Gespräch mit dem Sender Times

Radio „unseren Freunden in Israel, dass es an der Zeit ist, sowohl mit dem Kopf als auch mit dem Herzen nachzudenken“.

Das Vorgehen Irans wird indes international verurteilt. Litauens Außenminister Gabrielius Landsbergis sprach sich für weitere westliche Sanktionen gegen den Iran aus. „Wir sehen, dass autokratische, imperialistische, aggressive Regime immer mutiger werden“, sagte er – auch mit Blick auf den Krieg in der Ukraine sowie die Konflikte in Südostasien.

KOMMENTARE



Abtreibungsrecht: Eine Debatte, die sich lohnt

Von Jens Kleindienst
jens.kleindienst@vrm.de

Eine von der Bundesregierung berufene Expertenkommission empfiehlt, das sensible Schwangerschaftsrecht zu reformieren, und zwar mit dem Ziel, es zumindest in Teilen aus dem Strafrecht zu lösen. Das ist ein brisanter Vorschlag, weil er an einem Kompromiss rührt, der vor Jahrzehnten eine erbittert geführte Auseinandersetzung beendet hat. Warum am Paragrafen 218 rütteln und damit den Rechtsfrieden gefährden? Und was könnte die gebeutelte Ampelregierung dabei gewinnen, wenn sie ihren vielen schwierigen Baustellen eine weitere hinzufügt? Entsprechend höflich-distanziert fielen die Reaktionen in Teilen der Bundesregierung aus. Die Vorschläge der Kommission haben jedoch eine sorgfältige Diskussion verdient. Das Argument, mit der heutigen Regelung könnten doch alle ganz gut leben, greift zu kurz – und es stimmt auch nicht. Selbst wenn der Abbruch bis zur zwölften Woche und nach einer Pflichtberatung keine strafrechtlichen Konsequenzen hat, handelt es sich heute um eine Rechtswidrigkeit. Diese wird lediglich nicht geahndet. Es ist aber ein himmelweiter Unterschied, ob eine werdende Mutter diese schwerwiegende Entscheidung souverän fällt, weil ihr das Gesetz diese Freiheit grundsätzlich einräumt, oder ob das Gesetz diesen Schritt als Vergehen auslegt. Eine mittelbare Folge dieser Konstruktion hat der Gesetzgeber gerade entschärft, indem er endlich Ärztinnen und Ärzte, die über Schwangerschaftsabbrüche ganz praktisch informieren wollen, von der Strafverfolgung verschont.

Die heutige Regelung geht auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1993 zurück. Es war das Ergebnis einer Abwägung zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Mutter und dem Lebensrecht des Ungeborenen. Beide Ansprüche sind in der Menschenwürde begründet, was eine schwerwiegende Abwägung erzwingt. Das Gericht sah sich damals bemüht, den Fötus gewissermaßen vor dem freien Willen der Mutter zu schützen; dieser wurde „die grundsätzliche Rechtspflicht auferlegt, das Kind auszutragen“, wie es in dem Urteil ziemlich rüde heißt. Urteile aus Karlsruhe sind der juristische Goldstandard und können nicht einfach beiseite geschoben werden. Doch auch die Auslegung des Grundgesetzes unterliegt einem Wandel. Man denke an den langen Weg, den die Verfassungshüter von der Feststellung der Strafbarkeit männlicher Homosexualität im Jahr 1957 bis zur Ausformulierung des modernen Partnerschaftsrechts mit der „Ehe für alle“ beschritten haben.

Eine Neufassung des Abtreibungsrechts ist nichts für Ungeduldige. Sie erfordert einen breiten politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Der Bericht der Expertenkommission ist ein neuer Anstoß. Fürchten sollten wir diese Debatte nicht.



Wer klimaneutrales Gas anbietet, betreibt Augenschere

Von Ralf Heidenreich
ralf.heidenreich@vrm.de

Machen wir uns nichts vor: Auf Erdgas werden wir wohl noch viele Jahre angewiesen sein. Wenn Gasversorger im Gegenzug Projekte fördern oder in solche investieren, mit denen CO₂ gespart werden kann, ist das eine gute Sache. Problematisch wird es dann, wenn Versorger Gas-Angebote als besonders klimafreundlich oder gar klimaneutral anpreisen, weil sie irgendwo CO₂-Zertifikate gekauft haben, mit denen sie Kohlendioxid, das durch die Verbrennung des gelieferten Gases entsteht, aufrechnen. Kein Erdgas der Welt kann klimafreundlich und schon gar nicht klimaneutral sein. Wer das behauptet, betreibt Augenschere und weckt bei Kunden falsche Erwartungen. Denn bei der Verbrennung von Erdgas entsteht nun mal CO₂. Beliebte waren bislang insbesondere auch Projekte zum Schutz des Regenwaldes vor Abholzung oder zur großflächigen Aufforstung in fernen Ländern. Aber gerade die sind zur Kompensation ungeeignet. Denn allein schon die Laufzeit der Projekte ist viel zu kurz, um freigesetztes CO₂ zu kompensieren, das mitunter Jahrtausende braucht, um abgebaut werden können. Zudem wird bei vielen Projekten, was die CO₂-Wirksamkeit betrifft, übertrieben oder falsch gerechnet. Die Darmstädter Entega erkennt, dass es kein klimaneutrales Erdgas geben kann und nimmt von solchen Angeboten Abstand. Die Wiesbadener Eswe hingegen hält stur an klimaneutralen Gas-Offerten fest und beruft sich dabei auf Zertifikate des TÜV Rheinland. Und das ist mindestens fragwürdig. Zwar bewertet der TÜV auf Basis gültiger CO₂-Zertifikate die CO₂-Bilanz des Gas-Angebots. Die vielen Widersprüche, Zweifel und offenen Fragen, die die Aufrechnerei mit sich bringt, kann das aber nicht auflösen.



Reaktion erforderlich?

Karikatur: Luff

Zurückhaltung oder Härte?

Israel wägt Reaktion auf Irans Angriff ab / Nach einem Gegenschlag könnte sogar ein atomarer Konflikt drohen

Von Sara Lemel, Arne Bänisch
und Johannes Sadek

TEL AVIV. Israel steht nach dem ersten Direktangriff seines Erzfeinds Iran vor einem großen Dilemma. Wie soll der jüdische Staat auf die Attacke mit mehr als 300 Drohnen, Marschflugkörpern und Raketen reagieren? Mit dem Angriff in mehreren Wellen hat die sonst so vorsichtige Islamische Republik aus israelischer Sicht klar eine rote Linie überschritten – auch wenn er mit stundenlangem Vorankündigung erfolgte und in Israel letztlich vergleichsweise wenig Schaden angerichtet hat. 99 Prozent der Geschosse – die nach israelischen Militärangeben 60 Tonnen Sprengstoff trugen – wurden von Israel und seinen Verbündeten abgefangen.

US-Präsident Joe Biden fordert nun von Israel, dass es sich mit diesem Verteidigungserfolg zufriedengibt und nicht reagiert. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz rief Israel dazu auf, „zur Deeskalation beizutragen“, sprach aber gleichzeitig von einer „schlimmen Eskalation“ Teherans. Diese erfolgte als Vergeltungsschlag auf einen mutmaßlich israelischen Luftangriff auf Irans Botschaftsgebäude in Syrien Anfang April. Dabei waren zwei Generäle der mächtigen Revolutionsgarden getötet worden. Nach Medienberichten

ist Israel fest entschlossen, nun wiederum auf den iranischen Vergeltungsangriff zu reagieren. Unklar sei nur, wann und in welchem Umfang. Die israelische Iran-Expertin Sima Shina geht davon aus, dass Israel ebenfalls auf militärische Einrichtungen im Iran abzielen könnte. Ein Experte im Magazin „Foreign Policy“ zeigt Schwierigkeiten bei einem direkten Angriff im Iran auf und hält daher israelische Angriffe auf iranische Repräsentanten und Infrastruktur in Syrien, dem Libanon, dem Irak oder dem Jemen für wahrscheinlicher.

Ein israelischer Gegenschlag im Iran selbst könnte wiederum eine neue, vermutlich deutlich härtere Reaktion Teherans auslösen. Der Weg zu einem brandgefährlichen Krieg mit potenziell verheerenden Konsequenzen für die ganze Region und möglicherweise sogar darüber hinaus wäre dann nicht mehr weit.

Umso brisanter macht die Lage, dass auch Atomwaffen ins Spiel kommen könnten. Israel hat die Sorge, der Iran sei bereits in der Lage, binnen kurzer Zeit Kernwaffen herzustellen, sollte er sich dazu entschließen.

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu könnte die nun entstandene Lage als letztes Gelegenheitsfenster sehen, den Iran vor einem solchen Schritt entscheidend zu schwächen. Teheran beteuert jedoch bisher, das Programm nur rein zivil zu nutzen. Israel ist dagegen bereits als regionale Atommacht bekannt, hat den Besitz von Nuklearwaffen jedoch nie offiziell zugegeben.

Aus geopolitischer Sicht hat Teherans Großangriff Israel, das vorher wegen seines harten Vorgehens im Gaza-Krieg zunehmend isoliert war, eher in die Hände gespielt. Er zeigte, dass Israel in Zeiten der Not ein starkes Bündnis an seiner Seite hat. Das israelische Militär hatte bei der Abwehr der iranischen Raketen- und Drohnenangriffe tatkräftige Unterstützung der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Jordaniens.

Auch innenpolitische Erwägungen könnten bei dem Entscheidungsprozess eine Rolle spielen. Die rechtsextremen Regierungspartner von Netanjahu, von denen sein politisches Überleben abhängt, rufen nach einer aggressiven Antwort Israels.

„Alle Augen im Nahen Osten und auf der ganzen Welt sind jetzt auf den Staat Israel gerichtet“, schrieb Finanzminister Bezaleel Smotrich. „Wenn unsere Reaktion für mehrere Genera-

tionen im ganzen Nahen Osten nachhallt – dann werden wir siegen. Wenn wir uns aber – Gott bewahre – zurückhalten, dann bringen wir uns und unsere Kinder in eine unmittelbare existenzielle Gefahr.“ Es gibt allerdings auch nicht wenige moderatere Israelis, die einen Gegenschlag für unverzichtbar halten.

Land steht unter dem Eindruck des Hamas-Massakers

Israel gilt seit dem Massaker der islamistischen Hamas – einer Verbündeten des Irans – an rund 1200 Israelis im Grenzgebiet zum Gazastreifen am 7. Oktober als strategisch geschwächt. Israel will auch angesichts der ständigen Angriffe mit Teheran verbündeter Milizen auf sein Staatsgebiet seine Abschreckung wiederherstellen. Eine harte Reaktion gegen den Iran wird daher von manchen als eine Art „Befreiungsschlag“ gesehen. „Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, dass die gesamte israelische politische und militärische Führung Entscheidungen trifft, während sie noch unter dem Eindruck des Versagens am 7. Oktober steht“, schrieb ein Kommentator der Zeitung „Jediot Achronot“. „Dies beeinträchtigt die Reinheit und Klarheit der Entscheidungen, die getroffen werden.“



Bei einer Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrats zeigt Israels UN-Botschafter Gilad Erdan ein Video von iranischen Raketen, die über die Al-Aksa-Moschee in Jerusalem fliegen. Foto: dpa

„Klimapolitik vom Kopf auf die Füße gestellt“

Die Bundestagsfraktionen der Regierungsparteien einigen sich auf die Reform des Klimaschutzgesetzes

Von Martina Herzog
und Andreas Hoenig

BERLIN. Die Bundestagsfraktionen von SPD, Grünen und FDP haben sich auf die lange umstrittene Reform des Klimaschutzgesetzes und ein Paket zur Förderung der Solarindustrie geeinigt. Mit der Einigung dürften weitreichende Eingriffe wie Wochenend-Fahrverbote für Autofahrer, um Klimaziele im Verkehrssektor zu erreichen, vom Tisch sein. Damit hatte Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) gedroht.

„Durch die Abschaffung der jährlichen Sektorziele im Klimaschutzgesetz ist sichergestellt, dass es keine Fahrverbo-

te geben wird“, erklärte FDP-Fraktionsvize Lukas Köhler. „Mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes stellen wir die deutsche Klimapolitik vom Kopf auf die Füße, denn ab sofort zählt nur noch, dass die Klimaziele insgesamt erreicht werden und nicht mehr, an welcher Stelle die Emissionen reduziert werden.“

SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch sprach von einem Durchbruch: „Durch die Novelle darf kein Gramm CO₂ mehr ausgestoßen werden. Mit dem Solarpaket geben wir gleichzeitig wichtige Impulse für den Ausbau der Photovoltaik, der Windkraft und Biomasse.“ Grünen-Fraktionsvize Julia Verlin-

den betonte: „Das neue Klimaschutzgesetz bindet die Bundesregierung erstmals, konkrete Klimaschutzmaßnahmen auch für die Zeit 2030 bis 2040 aufzustellen, erneuert die Verbindlichkeit jedes Sektors und wird CO₂-Einsparung intelligenter messen.“

Mit dem Solarpaket sollen bürokratische Hürden für den Ausbau der Sonnenenergie in Deutschland fallen und so der Ausbau vorangetrieben werden. Der Betrieb von Balkonkraftwerken soll einfacher werden oder auch die Nutzung von selbst erzeugtem Photovoltaikstrom in Mehrfamilienhäusern. Auch die Möglichkeiten für Solaranlagen auf Äckern und Fel-

dern sollen erweitert werden. Im Gespräch war zuletzt auch eine finanzielle Förderung der heimischen Solarindustrie („Resilienzbonus“), die die FDP allerdings abgelehnt hatte. Mehrere Solarunternehmen erwägen angesichts der aktuellen Misere, ihre Produktion in Deutschland einzustellen. Als Grund wird genannt, dass chinesische Hersteller den Markt mit Modulen zu Dumpingpreisen fluten. „Es wird keinen Resilienz-Bonus geben, um einzelne Unternehmen auf Kosten der Allgemeinheit zu subventionieren“, erklärte Köhler dazu.

Bisher gilt: Wenn einzelne Sektoren wie der Verkehrs- oder Gebäudebereich gesetzliche

Vorgaben zum CO₂-Ausstoß verfehlen, müssen die zuständigen Ministerien im nachfolgenden Jahr Sofortprogramme vorlegen. Mit der Reform soll die Einhaltung der Klimaziele nicht mehr rückwirkend nach Sektoren kontrolliert werden, sondern in die Zukunft gerichtet, mehrjährig und sektorübergreifend. Wenn sich in zwei aufeinander folgenden Jahren abzeichnet, dass die Bundesregierung bei ihrem Klimaziel für das Jahr 2030 nicht auf Kurs ist, muss sie nachsteuern. Bis dahin muss Deutschland laut Gesetz seinen Treibhausgas-Ausstoß um mindestens 65 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 senken.

HINTERGRUND

Durch Abholzung verliert der Regenwald am Amazonas, der riesige Mengen CO2 bindet, jeden Tag Flächen. Mit dem Kauf von CO2-Gutschriften aus Projekten, die den Regenwald vor Abholzung schützen, wollen Gasanbieter CO2, das durch die Verbrennung von Erdgas entsteht, kompensieren. Dazu gehört auch die Darmstädter Entega.

Foto: luoman – istockphoto.com

Gibt es eine „Ökogas-Lüge“?

Einer großen Untersuchung zufolge haben viele Gasanbieter etwas angeboten, das gar nicht öko gewesen sein soll. Entega und Eswe stechen hervor. Was sagen die beiden Versorger dazu?

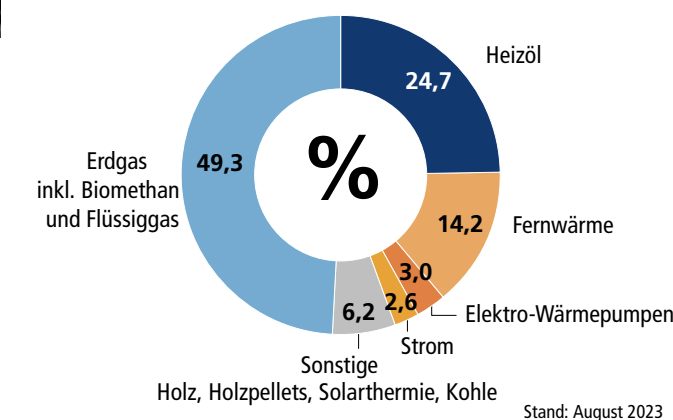
DIE KOMPENSATION VON CO2

Die Grundidee ist simpel: Stößt ein Unternehmen klimaschädliche Emissionen aus, können diese irgendwo auf der Welt komplett ausgeglichen oder reduziert werden. Zum Beispiel durch ein Wiederaufforstungs- oder Waldschutzprojekt. Einfach ausgedrückt: Der geschützte Wald nimmt Kohlendioxid (CO2)-Emissionen aus der Atmosphäre auf, die dann als CO2-Gutschriften auf dem freiwilligen Kompensationsmarkt gekauft und verkauft werden können. Dabei entspricht eine Gutschrift einer Tonne CO2.



So heizt Deutschland

Anteil der Heizungsarten am Bestand im Jahr 2022



Es gibt nicht wirklich klimaneutrales Erdgas, auch wenn CO2-Emissionen kompensiert werden. Erdgas kann nicht emissionsfrei sein.

Claudia Kemfert, Leiterin der Energieabteilung am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und Vizevorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung

Von Ralf Heidenreich

WIESBADEN/DARMSTADT/ESSEN. In Zeiten der Klimaerwärmung ist Klimafreundlichkeit oder am besten Klimaneutralität en vogue. Firmen, Kommunen, ja ganze Staaten wollen klimaneutral werden. Und unzählige Produkte werden entsprechend beworben – auch Getränkedosen, Sprit, Flugreisen und Kreuzfahrten.

Die Beispiele zeigen, dass Klimafreundlichkeit oder -neutralität nicht bedeutet, dass CO2-Emissionen in sehr großem Stil oder gar komplett vermieden werden. Sondern vielmehr, dass das Klima unterm Strich deutlich weniger oder gar nicht beeinflusst wird. Was häufig einfach hochgerechnet beziehungsweise verrechnet wird – mit Emissionsgutschriften von CO2-Kompensationsprojekten, bei denen Kohlendioxid gespart oder gebunden wird. Etwa durch den Schutz von Wäldern in Brasilien, Aufforstung von Weideflächen in Uruguay, den Bau von Wasserkraftwerken in Indien oder durch das Installieren von Solaranlagen. Auch Erdgasanbieter bewerben entsprechende Angebote – und nennen sie Ökogas, Klimagas, klimafreundliches oder gar klimaneutrales Gas.

Allgemeine Aussagen zur Sinnhaftigkeit solcher Kompensationsrechnungen finden sich viele. „Es gibt nicht wirklich klimaneutrales Erdgas, auch wenn CO2-Emissionen kompensiert werden. Erdgas kann nicht emissionsfrei sein“, sagt etwa Claudia Kemfert, Leiterin der Energieabteilung am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und Vizevorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung.

Doch wie sieht es im konkreten Einzelfall aus? In einer großen Analyse hat das Recherchenetzwerk „Correctiv.Lokal“ nach eigenen Angaben für den Zeitraum 2011 bis 2024 die

Kompensationsaktivitäten und CO2-Gutschriften von 150 deutschen Gasversorgern untersucht. In, wie es heißt, engem Austausch mit Wissenschaftlern des New Climate Institute in Berlin, der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, der US-Universität Berkeley, dem Öko Institut in Berlin, der Deutschen Umwelthilfe und anderen Experten. Basis bildeten die öffentlichen Kompensationsregister „Verra“ und „Gold Standard“. Titel der Untersuchung: Die Ökogas-Lüge.

Die Wiesbadener Eswe sticht aus der Studie hervor. Wieso?

Für 116 Gasversorger ist in der Untersuchung laut „Correctiv.Lokal“ nachgewiesen worden, dass in einem oder mehreren Fällen, teilweise auch über Jahre hinweg, Gutschriften aus Projekten gekauft wurden, die mit sehr großer Wahrscheinlichkeit kein oder weniger CO2 reduziert oder gespeichert haben als von den Projektentwicklern berechnet. Basis hierfür ist die Evaluierung der jeweiligen Projekte durch Forscher beziehungsweise wissenschaftliche Einrichtungen. Insgesamt wurden unter Hinweis auf diese Evaluierungen rund 63 Prozent der 16 Millionen ausgewerteten CO2-Gutschriften Projekten zugeordnet, die nach wissenschaftlicher Einschätzung nicht zur Kompensation geeignet sind oder waren, weil bestimmte Qualitätsmerkmale nicht erfüllt wurden. Für die verbliebenen 37 Prozent war den Angaben zufolge keine wissenschaftliche Bewertung möglich. Aus der Liste und dem entsprechenden Datensatz heraus stechen die Wiesbadener Eswe Versorgungs AG, aber auch die Darmstädter Entega, in einer Kooperation von „Correctiv.Lokal“ und dieser Zeitung haben wir uns die Ergebnisse der Untersuchung für

beide Versorger näher angeschaut.

So hat die Eswe Versorgungs AG der Liste zufolge in den vergangenen Jahren mehr als zwei Millionen Gutschriften aus 21 verschiedenen Kompensationsprojekten gekauft. Damit führt sie die Übersicht an. Eine Gutschrift entspricht einer Tonne CO2. Folgt man den dargestellten Evaluierungen der Projekte, sind diese aus wissenschaftlicher Sicht zur Kompensation nicht geeignet. Und das heißt, führt man den Gedanken der Untersuchung weiter, dass bei Eswe für rund zwei Millionen Tonnen CO2 ein plausibler Nachweis fehlt, dass diese auch tatsächlich ausgeglichen oder reduziert wurden. Die Darmstädter Entega wiederum liegt mit knapp 1,5 Millionen Emissionsgutschriften auf Rang drei der Liste.

Wie werden die Projekte der Entega bewertet?

Von der Entega sind zum einen Wiederaufforstungsprojekte auf degradiertem, also stark geschädigtem Grünland für Rinder in Uruguay, zum anderen Regenwald-Schutzprojekte in Brasilien, Peru und der Demokratischen Republik Kongo aufgeführt. Mit den Projekten soll Baumbestand vor Abholzung geschützt beziehungsweise neu geschaffen und so entsprechend CO2 gebunden werden. Aus diesen Projekten können dann, so das

Konzept, CO2-Gutschriften zur Kompensation von Kohlendioxid erworben werden, das zum Beispiel bei der Verbrennung von Erdgas entsteht. Aufgeführt ist in der Liste ist unter anderem das an die 300.000 Hektar große Regenwaldschutz-Projekt Mai Ndombe in der Demokratischen Republik Kongo. Das Beispiel zeigt ein grundsätzliches Problem. Denn die Angaben zur CO2-Kompensation über die Projektlaufzeit von 30 Jahren variieren auf einschlägigen Interseiten von 100 Millionen bis 175 Millionen Tonnen.

Das Projekt ist in der Datenliste als „nicht zur Kompensation geeignet“ ausgewiesen. Denn es habe, so heißt es unter Verweis auf eine Evaluierung der Universität Berkley, wahrscheinlich zu gar keinem oder zumindest zu einem viel geringeren Nutzen geführt als vom Projektentwickler berechnet. „Die CO2-Einsparung ist wahrscheinlich zu hoch angesetzt, da die wahrscheinliche Abholzung, die ohne das Projekt stattgefunden hätte, überschätzt wird.“ Gleiches gelte für die Verlagerung der Abholzung in ungeschützte Gebiete und die Menge an Kohlenstoff, die das Gebiet derzeit speichere.

Angegeben wird für Entega in der Liste auch das Wiederaufforstungsprojekt „Lumin/Eucapine Forest Plantations“ in Uruguay. Es wird ebenfalls zur CO2-Kompensation als „nicht geeignet“ eingestuft.

Die Projektlaufzeit sei zu kurz, „um einen langfristigen Ausgleich von fossilen Kohlenstoffemissionen garantieren zu können“, heißt es unter Verweis auf eine Evaluierung der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Weiter könne der Projektentwickler „nicht glaubhaft nachweisen, dass das Projekt nicht ohne die Einnahmen aus dem Verkauf von CO2-Gutschriften umgesetzt worden wäre“, so die DUH weiter. Insgesamt habe in diesem Projekt „mit sehr großer Wahrscheinlichkeit keine zusätzliche und langfristige Reduzierung von CO2 stattgefunden“.

Warum scheinen die Projekte der Eswe ungeeignet zu sein?

Eswe indes hat der Liste zufolge für bestimmte Erdgas-Angebote CO2 mit der Nutzung von Methan aus Grubenminen, zum Beispiel des ehemaligen Rheinischen Kohlreviers, kompensiert. Das Wirkprinzip dahinter: Methan ist mit Blick auf die Klimawirksamkeit in der Atmosphäre nach Angaben des Umweltbundesamts fast 30-mal schädlicher als CO2. Methan findet sich als Grubengas in großen Mengen in Kohleminen und kann dort selbst Jahrzehnte nach der Stilllegung noch austreten. Bei verschiedenen Projekten in Nordrhein-Westfalen wird ebensolches Grubengas aufgefangen, in Blockheizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung geleitet und so nicht nur in Strom, sondern auch in Fernwärme umgewandelt.

Bei der Verbrennung entsteht dann CO2, wodurch sich einschlägigen Infoblättern etwa der First Climate Markets AG zufolge die Schädigungswirkung des Ausgangsgases Methan entsprechend stark reduziert. Doch es gibt einen Haken. Projekte zur Grubengasnutzung seien zur CO2-Kompensation nicht geeignet, da kein Nachweis verfügbar sei,

dass die Projekte nicht bereits durch das EEG-Gesetz gefördert worden seien, lautet die Einschätzung des Öko-Instituts. In dem Projekt habe daher „keine zusätzliche Reduzierung von CO2 stattgefunden“.

Gleichwohl wird etwa in der Projektinfo von First Climate Markets darauf aufmerksam gemacht, dass die Nutzung von Grubengas zwar nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) förderungsfähig, die Vergütung jedoch zu niedrig sei für eine sich lohnende kommerzielle Nutzung. Dem EEG zufolge gibt es für Strom aus Grubengas je nach Jahresdurchschnittsleistung der Anlage rund 3,8 Cent bis knapp 6 Cent pro Kilowattstunde. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Klimaschutzzertifikaten erleichterten daher die Finanzierung des Projekts „in entscheidendem Maße“, heißt es in der Projektinfo weiter. Allerdings bleibt unklar, in welchem Maße solche Projekte durch die EEG-Vergütung finanziert werden können.

Wie reagieren Entega und Eswe auf die Untersuchung?

Um die Klimaschädlichkeit von Erdgas zu reduzieren, setze Entega „schon seit 15 Jahren auf Kompensationsprojekte“ etwa zur Wiederaufforstung tropischer Wälder, sagt ein Firmensprecher. „Durch diese Maßnahmen wird die CO2-Konzentration in der Erdatmosphäre für viele Jahrzehnte gesenkt. Eine Klimaneutralität wird aber dadurch selbstverständlich nicht erreicht – dies haben wir aber auch immer so kommuniziert.“ Auch das Darmstädter Unternehmen müsse „leider davon ausgehen, dass uns im Einzelfall auch betrügerische Kompensationsprojekte angeboten wurden“.

Deshalb habe man sich „bereits deutlich vor der Correctiv-Recherche dazu entschieden, „unsere Kompensationsmaßnahmen und damit auch unser gesamtes Produkt ‚Ökogas‘ mithilfe von externen Beratern und Experten auf den Prüfstand zu stellen“. Bis Ende 2024 werde man dazu ein Ergebnis liefern. Prämisse bleibe dabei: Da es derzeit keine massentaugliche Alternative zu Erdgas in der Wärmeversorgung für Industriestaaten gebe, „werden wir noch einige Jahre weiter Erdgas anbieten müssen – „das wollen wir so klimafreundlich wie möglich tun“.

Eswe indes bleibt bei seiner Linie: „Wir versorgen derzeit rund 60.000 Kunden mit klimaneutralem Erdgas ohne Aufpreis. Die Zertifizierung unseres Erdgases als klimaneutral erfolgt durch den TÜV Rheinland.“ Die Projektauswahl erfolge jährlich im Rahmen eines internen Abstimmungsprozesses. „Wir sind bei der Auswahl naturgemäß auf die uns angebotenen Projekte beschränkt.“ Dabei sei es dem Wiesbadener Versorger wichtig, „dass im Rahmen eines kostenlosen Produktzusatznutzens für unsere Kunden diese Projekte insbesondere unseren ethischen Anforderungen entsprechen – also zum Beispiel nicht aus totalitären Ländern stammen“. Der TÜV Rheinland bestätige dann jeweils, dass das Unternehmen genau so viele CO2-Zertifikate eingekauft habe, wie es dem Verkauf von Erdgas entspreche. „Inwieweit beziehungsweise aus welchen Gründen andere Institutionen in der Bewertung der Projekte zu anderen Ergebnissen kommen, können wir nicht kommentieren.“

Klagen nach Terroranschlag in Manchester

MANCHESTER (dpa). Mehr als 250 Überlebende des Terroranschlags auf ein Konzert von Ariana Grande in Manchester 2017 verklagen den britischen Inlandsgeheimdienst MI5. Bei dem Attentat waren 22 Menschen getötet und Hunderte verletzt worden. Eine Untersuchung ergab, dass der MI5 eine bedeutende Chance verpasst hatte, Maßnahmen zu ergreifen, um den Anschlag zu verhindern. Demnach hätten Geheimdienstinformationen dazu führen können, dass der Selbstmordattentäter zu einem Auto verfolgt wird, in dem er den Sprengstoff gelagert hatte. MI5-Chef Ken McCallum hatte nach Erscheinen des Untersuchungsberichts vor gut einem Jahr sein „tiefes Bedauern“ ausgedrückt.

Rechtsvertreter von Überlebenden reichten nun eine Sammelklage beim Untersuchungsgericht Investigatory Powers Tribunal ein, wie die britische Nachrichtenagentur meldete. „Da es sich um eine andauernde Rechtsangelegenheit handelt, können wir zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Einzelheiten nennen oder weitere Kommentare abgeben“, zitierte PA aus einem Schreiben der Kanzleien. Der MI5 wollte den Fall ebenfalls nicht kommentieren. Ein islamistischer Attentäter hatte am 22. Mai 2017 eine Bombe gezündet, als Zuschauer nach dem Konzert von US-Sängerin Ariana Grande die Manchester Arena verließen.

Faeser besucht EU-Außengrenze

SOFIA (mdu). Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat am Montag die EU-Außengrenze in Bulgarien besucht. „Offene Grenzen im Inneren kann es nur geben mit einem starken Schutz der EU-Außengrenzen“, sagte sie. Die 259 Kilometer lange türkisch-bulgarische Landgrenze ist mit Zäunen, Stacheldraht, Wärmebildkameras und Suchhunden gesichert. Mit ihrem bulgarischen Amtskollegen Kalin Stoyanov sprach sie darüber, wie man diesen Abschnitt künftig besser gegen Menschen sichern kann, die auf illegalem Weg in die EU gelangen wollen. Faeser besuchte den großen Grenzübergang Kapitan Andreevo. Immer wieder gab es Berichte über korrupte Grenzbeamte oder über Gewalt gegen Flüchtlinge. Innenminister Stoyanov sagte, seit er im Juni die Verantwortung übernommen habe, kämen solche Fälle nur vereinzelt vor – und wenn, wolle er sie aufdecken und die Täter bestrafen. „Wir arbeiten sehr daran, dass es null werde.“ Das EU-Parlament hatte vergangene Woche nach jahrelangem Ringen den Weg für schärfere Asylregelungen frei gemacht.



Ihr Kontakt zur Zentralredaktion
E-Mail: kontakt@vrm.de
wirtschaft@vrm.de
kultur@vrm.de
sport@vrm.de

Blattmacher:
Andreas Härtel (Ltg.), Katharina Volkmann (Ltg.), Thomas Dix (Content-Manager), Alexandra Eckhardt (Content-Manager), Klaus Thomas Heck (Content-Manager), Steffen Nagel (Content-Manager), Beate Nietzel (Content-Manager), Björn-Christian Schüller (Content-Manager), Nadja Anthes-Ploch, Sigrid Babst, Torsten Boor, Ken Chowanetz, Susanne Einhäuser, Andreas Hand, Daniel Holzer, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Silke Kaul-Fritz, Thorsten Lutz, Jürgen Möcks, Katrin Oltmanns, Carsten Schröder, Volker Schütz, Nicole Suckert

Habeck, Baerbock oder niemand

Die Debatte über die Spitzenposition bei den Grünen ist entbrannt / Doch stellt die Partei 2025 überhaupt noch einen Kanzlerkandidaten?

Von Martina Herzog

BERLIN. Anderthalb Jahre vor der Bundestagswahl schießen die Spekulationen ins Kraut: Mit wem gehen die Grünen in den Wahlkampf? Der als Favorit gehandelte Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck wiegelte am Wochenende ab: „Annalena Baerbock und ich tun in der Bundesregierung alles, um für die Sicherheit und Freiheit unserer Republik zu arbeiten. Davon leitet sich unser konkretes Handeln, die tägliche Arbeit ab. Was sicher nicht dazugehört, ist, um uns selbst zu kreieren.“

Der omnipräsente Welterklärer

Es war eine dringend nötige Klarstellung, denn die Lust auf mehr Verantwortung ist Habeck seit Monaten anzusehen. Eine staatstragende Videobotschaft folgt der anderen. Habeck erklärt, plädiert und – wie er es selbst nennt – entwirrt und sortiert öffentliche Debatten, ob in seinem Video nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel, den Gedanken zum Jahresausgang oder seiner Osterbotschaft. Kurzum: Habeck kanzelt.

Das Formtief mit dem Ringen um das ungeliebte Heizungs-gesetz und dem zähen Abschied von seinem längst nicht mehr tragbaren Top-Mitarbeiter Patrick Graichen im vergangenen Jahr liegen hinter Habeck. Der Ausbau der erneuerbaren Energien läuft, beim Klimaschutz sieht es besser aus. Gefährlich könnte



Annalena Baerbock und Robert Habeck am Rande einer Kabinettsitzung vergangene Woche: Könnten sie Kanzler?

Foto: dpa

dem Minister aber die mauere Wirtschaftslage werden.

Annalena Baerbock als zweite Anwärterin für die Pole Position tut ihrerseits, was sie immer tut: Die Außenministerin reist in irrem Tempo durch die Welt, auch nach Israel. Seit Ausbruch des Gaza-Kriegs ist sie noch präsenter geworden, auch mit ihren Bemühungen um die arabischen Staaten. Wie Habeck macht sie ihren Job als Ministerin. Anders als er verzichtet sie auf Auftritte als Welterklärer.

Es gibt Grüne, die die Sache wegen Habecks Zugriff auf den Vizekanzler-Posten nach der Wahl 2021 für längst entschieden halten – wenn auch nicht im formalen Sinne. Und in der Tat, die eigentlich inoffizielle Funktion gewährt ihm ein Gewicht, auf das er sich als einfacher Minister nicht berufen könnte: Er koordiniert die Arbeit der grünen Ministerien und verhandelt bei internen Konflikten wie dem Asylrecht und der Bezahlkarte für Flüchtlinge mit.

Nicht wenige haben den Eindruck, der interne Rückhalt für Habeck sei größer. Was aber auch daran liegen könnte, dass Team Habeck lautstärker unterwegs ist als Team Baerbock. Allerdings wittert selbst eine Grüne, die beide mit politischer Distanz betrachtet, ein stilles Einvernehmen: Die Konkurrenten kämen gerade auffällig gut miteinander zurecht, gibt sie zu bedenken. Was nur bedeuten könne, dass die Frage längst im Sinne Habecks geklärt sei.

Das klingt im Umfeld Baerbocks allerdings anders. Dort heißt es, man wolle am vor zweieinhalb Jahren vereinbarten Verfahren zur Kandidatenaufstellung festhalten. Im September 2022 hatte der Vorstand entschieden, dass die Parteibasis bei einer Urwahl entscheiden soll, falls es mehrere aussichtsreiche Kandidaten gibt. Einen öffentlich ausgetragenen Machtkampf will die Parteiführung aber unbedingt vermeiden, man fürchtet Schaden für den unterlegenen

Kandidaten. Jemand, der bereits beim letzten Bundestagswahlkampf im Umfeld der Parteispitze dabei war, meint: „Egal, für welchen Kandidaten oder welche Kandidatin man sich am Ende entscheidet – beide werden im Wahlkampf als Team eine herausragende Rolle spielen müssen.“

In den Umfragen pendeln die Grünen zwischen 13 und 15 Prozent, also auf dem Niveau des letzten Bundestagswahlergebnisses. Die Frage, ob die Grünen überhaupt einen Kanzlerkandidaten aufstellen, soll sich nach der Europawahl im Juni entscheiden – und hier lassen die Umfragen wenig Gutes vermuten. Nach mehr als zwei Regierungsjahren im unerquicklichen Ampel-Korsett mit SPD und FDP haben die Grünen viel von ihrem Glanz eingebüßt. Die historische Chance der Bundestagswahl 2021, als die Grünen nach 16 Oppositionsjahren unverbraucht und mit dem Rückenwind großer Klimademos in den Wahlkampf zogen, kommt nicht wieder.

Denn die meisten Bürger nehmen die Grünen nicht als die pragmatische, kompromissbereite Kraft der Mitte wahr, als die sie selbst sich gern sehen. Regulierungswütig, abgehoben, in Teilen „ausgesprochen unsympathisch“ kommt die Partei nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach rüber. Im Gegensatz zu SPD und FDP haben die Grünen eine stabile Basis treuer Stammwähler. Doch wenn es klappen soll mit dem Kanzleramt, wird das nicht reichen.

Hunger, Flucht und düstere Zukunft

Ein Jahr nach Beginn des Sudan-Konflikts sind Millionen Menschen entwurzelt und ohne Hoffnung

Von Eva Krafczyk

PORT SUDAN/RENK. Es sind mehr als Tausend Menschen, manchmal auch mehrere Tausend, die täglich zu Fuß oder mit Eselskarren die staubige Landstraße entlangziehen. Am Grenzposten Joda an der Grenze zwischen dem Sudan und dem Südsudan können sie wieder durchatmen – zum ersten Mal seit Wochen oder Monaten. Sie wollen nach Renk im Südsudan.

Der Machtkampf zwischen dem sudanesischen De-facto-Machthaber Abdel Fattah al-Burhan und seinem damaligen Stellvertreter Mohamed Hamdan Daglo hat in den vergangenen zwölf Monaten die mittlerweile größte Flüchtlingskrise weltweit ausgelöst. Nach jüngsten Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks sind 8,6 Millionen Menschen innerhalb des Sudans und in den Nachbarländern auf der Flucht vor den Kämpfen zwischen der Regierungsarmee SAF und Daglos Miliz RSF. Andere Schätzungen gehen sogar von mehr als neun Millionen Menschen aus. Doch selbst konservativ geschätzt stammt jeder achte Flüchtling weltweit aus dem Sudan.

Als am 15. April 2023 in der sudanesischen Hauptstadt Khartoum die ersten Schüsse fielen, dachten viele noch, es werde in ein paar Tagen vorbei sein, als sie mit dem Nötigsten flohen. Zehntausende saßen wegen der Kämpfe und Luftangriffe in ihren Wohnungen fest. Gut eine Woche nach dem Beginn der Kämpfe fingen mehrere Staaten an, ihre Bürger und andere Ausländer zu evakuieren. Auch die Bundeswehr flog während einer Feuerpause Hunderte Menschen aus dem Sudan aus. Die Kämpfe

wischen SAF und RSF haben sich in den vergangenen zwölf Monaten auf weite Teile des Landes erstreckt und in den vergangenen Wochen noch einmal deutlich intensiviert.



Ein Mediziner der Ärzte ohne Grenzen untersucht ein sudanesisches Kind, das mit seiner Mutter in den Tschad geflohen ist. Viele der Flüchtlinge sind unterernährt und traumatisiert.

Foto: dpa

fe zwischen SAF und RSF haben sich in den vergangenen zwölf Monaten auf weite Teile des Landes erstreckt und in den vergangenen Wochen noch einmal deutlich intensiviert.

Hilfskonferenz sammelt zwei Milliarden Euro

Christos Christou, der Internationale Direktor von Ärzten ohne Grenzen, war vor wenigen Wochen in der westlichen Region Darfur. „Ganze Dörfer sind völlig niedergebrannt worden“, sagt er. „Die Menschen dort haben alles verloren, und sie erhalten keinerlei Hilfe.“ El Geneina in West Darfur sei nach zwei Massakern arabischer Milizen an der zur Volksgruppe der Masalit gehörenden Bevölkerung

eine Geisterstadt. Flüchtlingslager seien überfüllt.

„Die Bedingungen in Darfur sind ähnlich schlimm wie vor 20 Jahren während des Völkermords. Aber im Gegensatz zu damals bekommt Darfur kaum Aufmerksamkeit“, sagt Dominic MacSorley von der Hilfsorganisation Concern. „Die Krise hat noch nicht ihren Höhepunkt erreicht, aber schon jetzt sterben Kinder.“ Denn im Sudan droht nach Angaben von UN-Experten eine Hungerkatastrophe – umso mehr, seit die RSF im vergangenen Dezember in den Bundesstaat Jezira vorrückte, der wegen seines Getreideanbaus als Brotkorb des Sudans gilt. Mindestens vier Millionen Kinder unter fünf Jahren sind akut unterernährt. RSF-Kämpfer ha-

ben wiederholt Lebensmittellager und Krankenhäuser geplündert. Teilweise ist es für die Helfer zu gefährlich, in Kampfgebieten zu arbeiten.

Bei einer Hilfskonferenz für den von Gewalt erschütterten Krisenstaat Sudan sind über zwei Milliarden Euro an Unterstützung zugesichert worden. Das sagte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am Montagabend zum Abschluss des internationalen Treffens in Paris. „Wir vergessen nicht, was im Sudan passiert und bleiben mobilisiert“, sagte Macron. „Der Umfang unseres Engagements wird es uns ermöglichen, die dringendsten Bedürfnisse (...) der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen abzudecken.“

Windel-Vorstoß der Union

CDU-Parteitag soll über Antrag zur Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent beraten

Von Hagen Strauß

BERLIN. Das deutsche Mehrwertsteuersystem ist sozusagen ein Kuriositätenkabinett. Wer in der Mittagspause sein Essen im Restaurant nur abholt, zahlt sieben Prozent Mehrwertsteuer. Bleibt man da, fallen 19 an. Auf einen Apfel werden sieben Prozent fällig, auf Apfelsaft aber 19. Trüffel sind steuerlich begünstigt, Windeln nicht. Bei Letzteren soll sich nun was ändern. Die Union hat die „Windelsteuer“ für sich entdeckt.

Für den den CDU-Parteitag Anfang Mai in Berlin gibt es einen Windel-Antrag zur Senkung der Mehrwertsteuer. Am Wochenende tagte die Antragskommission der Union, dem Vernehmen nach einigte man sich auf eine Empfehlung an die Delegierten, das Vorhaben an Generalsekretär Carsten Linne-mann für den Regierungsprogrammprozess zu überweisen.

In dem Antrag des Kreisverbandes Helmstedt, der unserer Redaktion vorliegt, heißt es, der Umsatzsteuersatz auf „Erzeugnisse der Monatshygiene“ sei bereits gesenkt worden, nicht aber der auf Windeln. In der Praxis, so die CDU'ler, werde derselbe Zweck erfüllt. „Sie sorgen dafür, dass im Falle des Falles die Angelegenheit nicht in die Hose geht“ – so steht es tatsächlich in der Begründung.

In der Tat ist es so, dass seit dem Jahr 2020 auf Periodenprodukte nur noch der reduzierte Mehrwertsteuersatz gezahlt werden muss. Was die Windeln angeht, rennt die Union beim Deutschen Familienverband offene Türen ein – er kümmert

sich seit über 100 Jahren um die Belange von Familien.

Man sei schon sehr lange dafür, „die Mehrwertsteuer bei Kinderprodukten zu senken“, so Hauptgeschäftsführer Sebastian Heimann zu unserer Redaktion. „Das ist notwendig, weil Artikel wie Babywindeln, Kinderwagen oder Kinderschuhe kein Luxus sind, sondern zum Grundbedarf von Familien gehören.“ Heimann weist überdies darauf hin, dass vor zwei Jahren der Europäische Rat die Richtlinien für Mehrwertsteuern überarbeitet habe, sodass die nationalen Regierungen den reduzierten Satz leichter anwenden könnten.

Zustimmung von der Regierungspartei SPD

Auch bei der Regierungspartei SPD trifft der Vorstoß auf Zustimmung. „Babywindeln mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz zu besteuern, finde ich richtig – aber nicht ausreichend“, betont Nadine Heselhaus, Verbraucherexpertin der SPD-Bundestagsfraktion. Das Mehrwertsteuersystem müsse grundsätzlich reformiert werden, denn viele der aktuellen Einstufungen seien nicht mehr nachvollziehbar, sozial ungerecht und liefen zum Teil auch umweltspezifischen Zielen zuwider. „Das wird bei Lebensmitteln besonders deutlich.“

Im Ampel-Koalitionsvertrag ist eine umfassende Reform allerdings nicht vorgesehen. Und auch die Union dürfte das Windel-Vorhaben, so der CDU-Parteitag dies will, frühestens in der nächsten Wahlperiode angehen.

WIRTSCHAFT

Lindner: Es gibt viel zu viel Schwarzarbeit

BERLIN (dpa). Ermittler des Zolls haben im vergangenen Jahr Schwarzarbeit mit einem finanziellen Schaden von rund 615 Millionen Euro aufge-

Beinahe täglich Kontrollen ohne konkreten Verdacht

„Schwarzarbeit und illegale Beschäftigungen sind ein Problem, nicht nur für den Staat und seine Einnahmen, sondern insbesondere für die fairen Kaufleute, die ehrlichen Kaufleute“, betonte der FDP-

Lindner informierte sich bei dem Einsatz der Finanzkontrolle Schwarzarbeit über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Behörden in der EU. Kontrollen wie am Montag auf einer Baustelle im ehemaligen Sony Center am Potsdamer Platz gibt es laut Zoll auch ohne konkreten Verdacht bundesweit nahezu täglich.

Drahtseilakt im Reich der Mitte

Kanzler Olaf Scholz setzt sich beim China-Besuch für Interessen der deutschen Wirtschaft ein – ohne dabei über die EU-Linie hinauszugehen

Von Kerstin Münstermann

SHANGHAI. Bei der Flussfahrt auf dem Jangtse am Sonntagabend müssen die Manager auf den Kanzler verzichten. Der ist in Sachen Naher Osten gebunden – und will angesichts der prekären Weltlage auch keine Bilder einer Schiffsfahrt von sich machen lassen. Den Vertretern der deutschen Wirtschaft hat es dennoch gefallen – die vielen Selfies, die vor der eindrucksvollen nächtlichen Kulisse Chongqings entstehen, sind ein Beleg dafür.

Scholz warnt vor einem möglichen Handelskrieg

Überhaupt ist die Stimmung unter Deutschlands Topmanagern, die Scholz auf seiner Reise begleiten, nicht so schlecht. So sind die Vorstandsvorsitzenden von Bayer, Siemens, Thyssenkrupp, Mercedes, Voith und DHL mit dabei – und setzen auch auf die Macht der Politik, um gute Investitionsbedingungen zu schaffen. Die Wirtschafts-Bosse erwarten von ihm ein Aus-

Für Scholz ist es ein Drahtseilakt – er muss sich für die Interessen der deutschen Wirtschaft einsetzen, ohne dabei über die allgemeine Linie der Europäischen Union hinauszugehen. Die wiederum sieht vor, die strategische Abhängigkeit von der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt



Kanzler Olaf Scholz (rechts) besuchte in Shanghai das Innovationszentrum von Covestro, wo Neuentwicklungen aus Kunststoffen und Recycling-Materialien entstehen. Foto: dpa

nach den USA zu verringern. Doch in Shanghai warnt Scholz auch vor einem möglichen Handelskrieg. „Das Einzige, was immer klar sein muss, ist, dass der Wettbewerb fair sein muss“, sagt Scholz. „Wir möchten natürlich, dass unsere Unternehmen keine Beschränkungen haben, aber umgekehrt verhalten wir uns genauso, wie wir es hier fordern.“

chinesischen Herstellern gemeinsam entwickelt und gebaut worden seien, und irgendwann gebe es auch chinesische Autos in Deutschland und Europa. Wer also genau hinhört, merkt, dass auch für den Kanzler die Interessen der deutschen Wirtschaft Vorrang haben. Und die Einigkeit in der EU manchmal ein wenig nachrangig ist. Eigentlich strebt die Ampel-Regierung laut der eigenen Strategie eine Verringerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von China

Börse Frankfurt

Table with 4 columns: Index (MDAX, SDAX), Div., and values. MDAX is at 26447.14 (-0.49%) and SDAX is at 14258.08 (-0.63%).

Table of company stock prices with columns: Name, Div., Rend., Schluss, Vortag, Veränderung % Vortag, KGV, 2024, and Tief.

Table of company stock prices with columns: Name, Div., Rend., Schluss, Vortag, Veränderung % Vortag, KGV, 2024, and Tief.

Table of international stock prices and exchange rates, including sections for 'WEITERE AUSLANDSTITEL', 'SWITZERLAND', and 'INVESTMENTFONDS'.

an, um ein böses Erwachen, wie bei der Kappung der russischen Gaslieferungen nach dem Angriff auf die Ukraine, zu vermeiden.

Doch so richtig zündet diese Strategie bei der deutschen Wirtschaft aber nicht. Die etwa 5000 deutschen Unternehmen in China sorgen sich eher um unfaire Wettbewerbsbedingungen und die Exporteure um sinkende Absatzzahlen. Unter den deutschen Managern wird auch der Vorstoß des BDI-Präsidenten Siegfried Russwurm diskutiert.

Scholz will auch in China nicht von einer Schwäche der deutschen Wirtschaft reden. Mit einem Handelsvolumen von rund 253 Milliarden Euro pro Jahr ist China Deutschlands wichtigster Wirtschafts-

WEITERE DEUTSCHE AKTIEN

Table of German stock prices with columns: Name, Div., Rend., Schluss, Vortag, Veränderung % Vortag, KGV, 2024, and Tief.

WEITERE REGIONALE AKTIEN

Table of regional German stock prices with columns: Name, Div., Rend., Schluss, Vortag, Veränderung % Vortag, KGV, 2024, and Tief.

ETWAS FESTER – ANLEGER BEHALTEN DIE NERVEN

(Dow Jones) – Trotz eines iranischen Raketenangriffs auf Israel am Wochenende hat der deutsche Aktienmarkt am Montag mit kleinen Gewinnen geschlossen.

ETWAS FESTER – ANLEGER BEHALTEN DIE NERVEN

stützten die Notierungen nur kurz. Diese sind im März um 0,7 Prozent gestiegen und damit weit über der Schätzung von 0,3 Prozent.

Table of international stock prices with columns: Name, Div., Rend., Schluss, Vortag, Veränderung % Vortag, KGV, 2024, and Tief.

Table of international stock prices with columns: Name, Div., Rend., Schluss, Vortag, Veränderung % Vortag, KGV, 2024, and Tief.

METALLE UND MÜNZEN

Table of metal and coin prices with columns: Name, Ankauf, and Verkauf.

ÖLPREISE

Table of oil prices with columns: Rohöl, Öl (Brent) \$/Brl, Heizöl (2501-3500L), and Francfort, €/100l.

EZB-REFERENZKURSE

Table of ECU reference rates with columns: Name and 15.04.2024.

RENTENMARKT

Table of bond yields with columns: Name, Rendite, and 15.4. 12.4.

Stand: 19:50 Uhr

Erläuterungen: VZ = Vorzugsaktien ohne Stimmrecht, St. = Stammaktien, NA = Namensaktien, vNA = vinkulierte Namensaktien. Die Kurse der deutschen Indizes basieren auf dem Börsenplatz Xetra, ansonsten Frankfurt Parketthandel oder Zürich, soweit verfügbar. Genannt sind Schlusskurse in TRY, * = auch im Euro Stoxx 50; Farbig gekennzeichnete Titel haben gegenüber dem Vortag an Wert verloren. Die ausgewiesenen Dividenden sind die letzten gezahlten Dividenden in Landeswährung; Münzen/Baren = Degussa Goldhandel (Endkundenepreise); * = vom Vortag oder letzter verfügbar.





GUTEN MORGEN SCHIFFERSTADT

1886: Ernst Thälmann geboren

Am 16. April 1886 wird Ernst Thälmann in Hamburg geboren. Er wird Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die er auch im Reichstag vertritt. Nachdem Thälmann 1933 von den Nationalsozialisten verhaftet wird, verbringt er elf Jahre in Einzelhaft. 1944 wird er ins KZ Buchenwald verlegt und hingerichtet. In der DDR feiert man ihn als Held und Kämpfer gegen den Faschismus.

1921: Schauspieler Sir Peter Ustinov geboren

Am 16. April 1921 wird der britische Schauspieler Sir Peter Ustinov geboren. Er ist aus vielen Hollywoodfilmen bekannt, darunter „Quo vadis?“ (1951), „Spartacus“ (1960) und „Tod auf dem Nil“ (1978). Für das ZDF steht er auch in dem zweiteiligen Doku-Drama „Deutschlandspiel“ vor der Kamera, das die Geschichte der Wiedervereinigung erzählt. Ustinov wirkt außerdem als UNICEF-Botschafter, Schriftsteller, Synchronsprecher und Regisseur. 2004 stirbt der zweifache Oscar-Preisträger im Alter von 82 Jahren.

1947: Auschwitz-Kommandant Höß hingerichtet

Am 16. April 1947 wird der ehemalige Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß hingerichtet. Er ist von 1940 bis 1943 Kommandant des Vernichtungslagers Auschwitz, in dem über eine Million Menschen getötet werden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs flüchtet er und nimmt eine neue Identität an. Bei Flensburg wird er von dem jüdischen Nazi-Jäger Hanns Alexander und der britischen Militärpolizei verhaftet. Höß legt später ein umfangreiches Geständnis ab und sagt als Zeuge in den Nürnberger Prozessen aus. Er selbst muss sich in Polen vor Gericht verantworten, wo ihn das Oberste Nationale Tribunal am 2. April 1947 zum Tode verurteilt. So wird Rudolf Höß am 16. April 1947 in Auschwitz erhängt. Der Galgen steht bis heute in der KZ-Gedenkstätte.

1947: Begriff „Kalter Krieg“

Am 16. April 1947 verwendet der US-amerikanische Politikberater und Finanzier Bernard Baruch in einer Rede im Repräsentantenhaus von South Carolina den Begriff „Kalter Krieg“ und beschreibt damit den sich anbahnenden Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Der Begriff existiert schon davor, doch nun wird er erstmals vor einem größeren Publikum verwendet und durch Zeitungen weitergetragen. Im selben Jahr erscheint zudem das Buch „The Cold War“ des US-amerikanischen Journalisten Lippmann, der den Begriff aufgreift und so weiter im öffentlichen Bewusstsein zu verankert.

1979: Einführung Forumschecks

Am 16. April 1979 werden

in der DDR Forumschecks eingeführt. Nun können DDR-Bürger anstelle von D-Mark offiziell nur noch mit Forumschecks in Intershops einkaufen. Das „Westgeld“ muss vorher in den Filialen der Staatsbank der DDR gegen Forumschecks eingetauscht werden. Eine Forumscheck-Mark entspricht einer D-Mark. Ziel ist es, die in die DDR eingeführten westlichen Devisen möglichst schnell abzuschöpfen. Die Forumschecks können nicht an anderen Stellen genutzt und nicht zurückgetauscht werden. Ab Mitte der 1980er-Jahre wird auch das Bezahlen mit D-Mark wieder akzeptiert.

1982: Erstes deutsches Retortenbaby

Am 16. April 1982 wird das erste deutsche Retortenbaby Oliver am Universitätsklinikum in Erlangen geboren. Oliver wird durch In-Vitro-Fertilisation (künstliche Befruchtung) gezeugt. Vier Jahre zuvor wird in Manchester das erste Retortenbaby der Welt geboren. Als erste Retortenbabys der DDR kommen 1984 die Zwillinge Sascha und André zur Welt. In den Anfangsjahren ist die künstliche Befruchtung eine große medizinische Sensation und auch heute verhilft sie vielen kinderlosen Paaren zum Kinderwunsch. Umstritten ist die künstliche Befruchtung jedoch von Anfang an. In Deutschland regelt das 1990 erlassene Embryonenschutzgesetz die künstliche Befruchtung und den Umgang mit menschlichen Embryonen.

2003: WHO: Corona-Virus ist Erreger für SARS-Krankheit

Am 16. April 2003 gibt die Weltgesundheitsorganisation WHO bekannt, dass das Corona-Virus der Auslöser für die Infektionskrankheit SARS ist. Die Lungenkrankheit bricht Ende 2002 in China aus und verbreitet sich weltweit. Im März 2003 wird der erste Patient in Deutschland behandelt, insgesamt sind es neun Erkrankte. Das derzeit grassierende Covid-19-Virus ist eng verwandt mit dem SARS-Virus.

2016: „Böhmermann-Affäre“ führt zu Fernsehpause

Am 16. April 2016 zieht sich Jan Böhmermann für vier Wochen aus dem Fernsehgeschäft zurück. Zuvor trägt er in seiner Show ein Schmähdgedicht über den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan vor. Die Türkei leitet danach rechtliche Schritte wegen Majestätsbeleidigung ein, die von der Bundesregierung zugelassen werden. Der ZDFneo-Moderator verordnete sich und seiner Show daraufhin eine Sendepause. Böhmermanns „Schmähdikt“ löste eine Debatte darüber aus, was Satire in Deutschland darf und was nicht. Die Ermittlungen gegen Böhmermann wegen Beleidigung werden im Oktober 2016 eingestellt. Ein zweites Verfahren untersagt ihm jedoch bestimmte Verse des Schmähdichtes zu wiederholen.

Aus Atemluft wird erster Ton

KREISMUSIKSCHULTAG Großes Interesse an vielseitigem Angebot



Auf der Bühne inmitten der Aula wechseln sich die Früherziehungsgruppen der Kreismusikschule ab. Sie zeigen, welche Ergebnisse kontinuierlicher Unterricht mit sich bringt. Fotos: suk

Von Susanne Kühner

SCHIFFERSTADT. Milan ist noch etwas unentschlossen. Das Angebot beim Kreismusikschulntag in der Aula des Paul-von-Denis-Schulzentrums am Samstag überfordert den Sechsjährigen zunächst. Doch dann tut Milan das einzig Richtige: loslegen. In 15 Räumen wird gezupft, geklopft, gestrichen und geblasen.

Von Harfe bis Horn, von Blockflöte bis Bass und von Fagott bis Violine reicht das Testprogramm. Es zeigt die Vielfalt, die die Kreismusikschule zu bieten hat. Zwischen den Sälen drängen Eltern und Kinder hin und her; in den Räumen herrscht Gedränge. Geduld ist der ständige Begleiter bei allen, denn um möglichst viel ausprobieren zu können sind kleine Wartezeiten notwendig.

Ganz offenkundig liegt Musizieren gewaltig im Trend. Luisa (5) und ihre Schwester Sara (6) haben sichtlich Spaß dabei sich von Jasmin Gottstein-Gruber in das Geheimnis des Querflötenspiels einführen zu lassen. Die Luft zwischen den Lippen so herauszupressen, dass diese in das kleine Loch am Ende der silbernen „Stange“ hineinreicht, um am unteren Teil wiederum als Schwingung heraufzukommen, klingt in der Theorie leicht. Mehrere Anläufe braucht es bei den beiden, bis die Praxis klappt.

Der siebenjährige Max ist zielstrebig in den Raum marschiert, in dem Klaus Gehrlein samt Kollegen mit der Trompete wartet. „Er fand das Instrument schon als ganz kleines Kind toll“, verrät sein Vater Pius Pfadt. Wenn irgendwo eine Blaskapelle spielte, sei sein Sohn hin und weg gewesen.

Max hat derweil motiviert

zugriffen. Konzentriert lauscht er Gehrleins Worten, um das Gehörte schließlich in die Tat umzusetzen. Und siehe da: ein Ton ist zu hören. Leise noch, doch der Ansatz ist da. Max grinst. Der erste Schritt zum Erlernen des Wunschinstrumentes ist gemacht.

„Ich weiß noch nicht, was ich lernen möchte“, sagt dagegen Marlene (7), als sie nach ihren Vorstellungen gefragt wird. Einiges hat sie bereits ausprobiert an diesem Vormittag. Blas- und Saiteninstrumente waren dabei. Was ihr besser gefällt, kann Marlene nicht sagen. Nach einer kurzen Denkpause lenkt die Grundschülerin dann doch ein: „Harfe war schon ganz gut.“

In dem Getümmel hat auch Milan mittlerweile Gefallen an einem Instrument gefunden - sehr zur Überraschung seines Vaters Dennis. „Er hat spontan Gitarre ausprobiert und direkt mit den Saiten klargelassen“, berichtet er. Noch immer ist Milan fleißig am Testen. Lehrer Roman Herntschek lächelt aufmunternd. Etliche Kinder konnte er bereits mit der Gitarre bekannt machen.

Auf der Bühne inmitten der Aula wechseln sich die Früherziehungsgruppen der Kreismusikschule ab. Sie zeigen, welche Ergebnisse kontinuierlicher Unterricht mit sich bringt. Der Leiter der kreisweiten Einrichtung, Christoph Utz, informiert die Anwesenden über Hintergründe, den Einstieg in den Unterricht und Details zur Musikschule. Diese sind auch an Infoständen zu bekommen. Das Angebot wird rege genutzt. Dass unter den ungezählten Kindern gewisse etliche leidenschaftliche Instrumentalisten von morgen zu finden sind, ist anzunehmen.



Digitale Einzelausgabe!
www.schifferstadter-tagblatt.de

Hier können Sie von jedem Erscheinungstag Ihre Einzelausgabe in digitaler Form als pdf-Datei bestellen.

Eine Ausgabe von Montag bis Freitag kostet 1,20 Euro, die Samstagausgabe 1,30 Euro.

Schifferstadter Tagblatt

Schifferstadter Tagblatt -
So fein ist klein!

KURZ UND BÜNDIG

„Pälzisch soi duht gut!“

SCHIFFERSTADT. Am Sonntag, 21. April, 11 Uhr, Lillengasse 5, sind Gerhard Kief und Heinz Illner zu Gast im Schreier-Hais'1. Unter dem Motto „Pälzisch soi duht gut!“ verbreitet das Duo „Hoinz und Gerhard“ mit Gitarre und Akkordeon Stimmung pur. Neben pälzischer Musik von Kurt Dehn, anonyme Gidarischdebund einigen selbstgestrickten Songs haben die beiden ein reichhaltiges Repertoire im Gepäck. „Don geht die Poschd ab!“ Mitsingen und Schunkeln erwünscht! Der Eintritt zu dieser vergnüglichen Matinee beträgt nur 15,00 € inklusive aller Getränke. Infos und Anmeldung unter der Nummer: 0157/35744502

Bewegungsangebot beim Turnverein Schifferstadt

SCHIFFERSTADT. Im Rahmen der Kampagne „Vereint in Bewegung – draußen aktiv“, unterstützt durch das Ministerium des Innern von Rheinland-Pfalz, bietet der Turnverein folgende Aktionen an: Gemeinsames Wandern mit und ohne Stöcke. Dieses Bewegungsangebot wird dienstags ab dem 16. April und donnerstags dem 18. April an sechs Abenden, jeweils für eine Stunde in Begleitung von lizenzierten Übungsleitern vom TV durchgeführt. Treffpunkt ist um 18:00 Uhr vor der Waldfesthalle in Schifferstadt. Das Angebot ist für alle Mitmachenden kostenlos. Dies ist kein Einsteigerkurs für Walking oder Nordic-Walking. Für Fragen und Infos stehen Christa Spickermann oder Reinhard Hickl unter Tel.: 06235/6808 zur Verfügung. Folgende Termine sind vorgesehen: Dienstags: 16., 23., 30. April, sowie 7., 14. und 21. Mai.

Donnerstags: 18., 25. April, sowie 02., 09., 16. und 23. Mai. Ein weiteres Angebot gibt es ab Juli. Donnerstags: 04., 11., 18. Juli sowie 01., 08. und 15. August.

OFFENER KANAL

18.00 Uhr: Rückblick: Liesel Hoffmann lädt in die Schmiede ein (mit Schmiedemeister Erich Armbrüster).

18.59 Uhr: Unterwegs in den hohen Norden - In 12 Tagen zum Nordcap und zurück.

20.00 Uhr: Wer Weiß Wo Wir Waren - Kleines Reisequiz, Folge 9: 45 km Luftlinie von Schifferstadt - 3 Orte im Badischen.

20.04 Uhr: Seine-Kreuzfahrt 2023 - Paris nach Le Havre und zurück.

20.32 Uhr: Der Bodensee - Schwäbisches Meer

Heimat sehen. Heimat spüren. Heimat lesen. Schifferstadter Tagblatt.

„Uns schickt der Himmel“

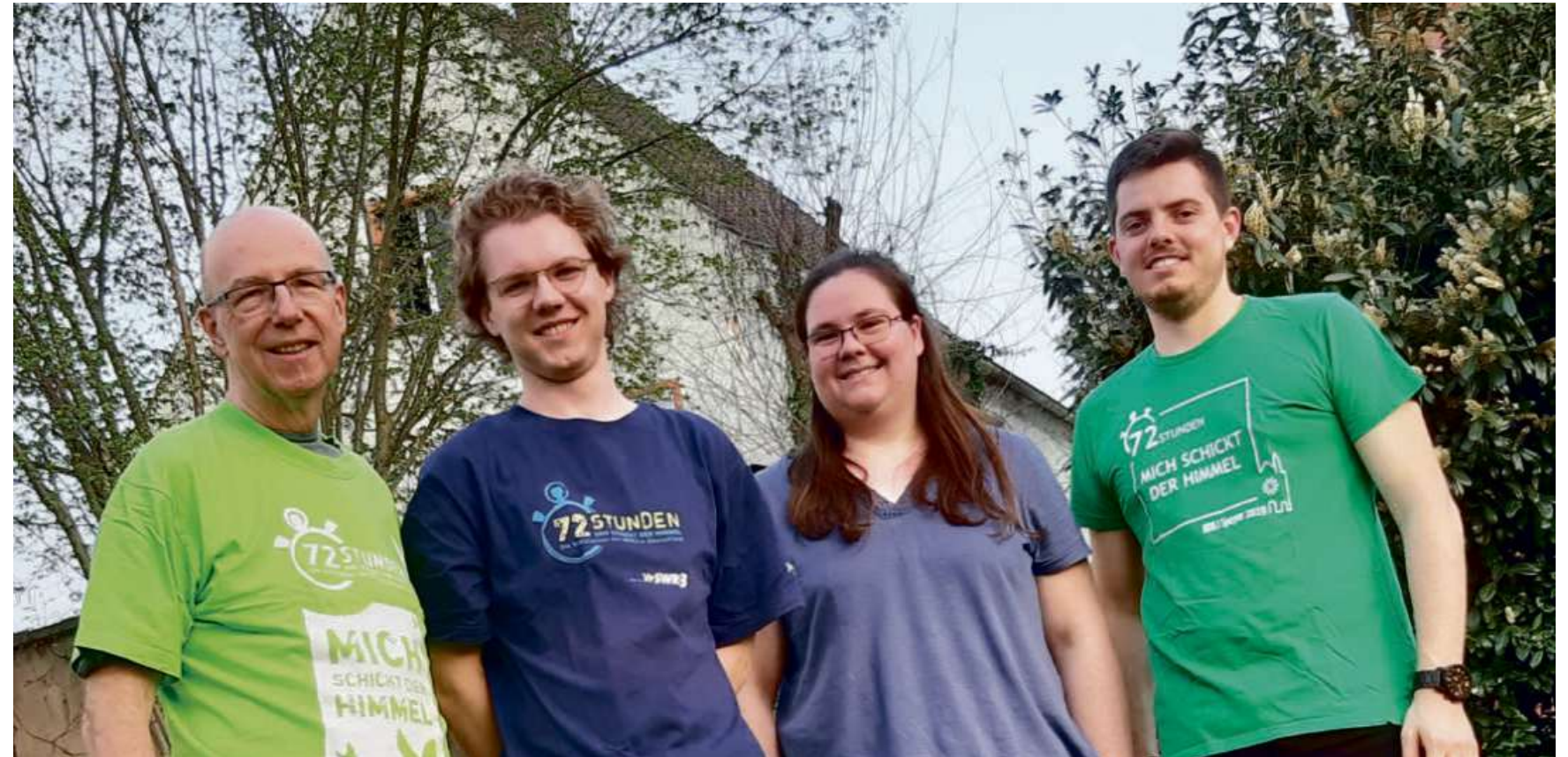
72-Stunden-Aktion des BDKJ mit 53 teilnehmenden Kindern und Jugendlichen aus Schifferstadt / Startschuss: Donnerstag, 18. April, 17.07 Uhr

Von Inge Schade

SCHIFFERSTADT. „Uns schickt der Himmel“ lautet das Motto der 72-Stunden-Aktion des BDKJ (Bund der katholischen Jugend), die vom 18. bis 21. April stattfindet, zum fünften Mal im Bistum Speyer durchgeführt wird und die größte bundesweite Sozialaktion der katholischen Jugend 2024 ist. Nachdem sich in Schifferstadt im Jahr 2004 die Jugendgruppe der Kolpingsfamilie daran beteiligte, sind in diesem Jahr erfreulicherweise wieder junge Menschen der Pfarrei Heilige Edith Stein dabei.

„Es nehmen insgesamt 53 Kinder und Jugendliche aus den Reihen der Messdienerinnen und Messdiener, Kommunionkinder samt einiger Geschwisterkinder, Firmbewerberinnen und -bewerber und Sternsingerinnen und Sternsinger daran teil“, informierte Pfarrer Stefan Mühl in einem Pressegespräch mit dem Tagblatt. Er selbst ist mit Katharina Hoffmann, Simon Huber und David Mainitz im Organisationsteam und freut sich sehr auf diese Aktion, bei der er auch kräftig zupacken wird. „Es stimmt uns sehr froh, dass wir nach unserem Aufruf zur Teilnahme einen so großen Zuspruch erhalten haben“, zeigt sich Pfarrer Stefan Mühl begeistert.

Bei der Aktion geht es darum, dass die Kinder- und Jugendgruppen in 72 Stunden ein soziales Projekt durchführen, das sie noch nicht kennen. Beim letzten Mal im Jahr 2019 haben 160.000 junge Menschen in 4.000 Projekten Hervorragendes geschafft. „Allein auf dem Gebiet des Bistums Speyer werden nun 72 Gruppen mit rund 2000 Teil-



Das Organisationsteam v.r.n.l. Simon Huber, Katharina Hoffmann, David Mainitz und Pfarrer Stefan Mühl schon im Outfit der Aktion.

Fotos: privat/BDKJ

nehmenden in 72 Stunden die Welt ein Stückchen besser machen“, berichtete der engagierte Seelsorger. „Unsere Gruppe nennt sich ‚Schifferstadter Minis & Friends, die schon sehr gespannt darauf ist, welche Aufgabe ihr zugeteilt wird“, fügte er hinzu. Startschuss ist am Donnerstag, 18. April, um 17.07 Uhr auf dem Lutherplatz in Ludwigshafen. Dann erhalten alle teilnehmenden Gruppen ihre Aufgabe, die sie vor Ort bis zum Sonntag, 17.07 Uhr umsetzen dürfen und ab diesem Zeitpunkt erste Absprachen und Planungen vornehmen können. Nach Beendigung ihrer Aufgabe wird am Sonntag ein gemeinsames Fest gefeiert, dessen Austragungs-



ort von der Aufgabenstellung und dem Wetter abhängig sein wird.

Hauptunterstützer sind das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Ju-

gend, die Deutsche Bischofskonferenz, das Bischöfliche Hilfswerk Misereor und das Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken. Im Südwesten wird SWR3 das Aktionsradio bilden und das Programm komplett danach ausrichten und damit eine große öffentliche Präsenz schaffen.

Die Schifferstadter Gruppe würde sich freuen, von den Bürgerinnen und Bürger auch Unterstützung zu erfahren, wie durch Besuche, Interesse und Anfeuerungsrufe von Fans - und ebenso über finanzielle Unterstützung und Muntermacher in Form von Süßigkeiten, Eis, Obst und anderen Lebensmittelspenden. Sollten besondere Gerätschaft-

ten gebraucht werden, so wird das am Samstag, 19. April, im Schifferstadter Tagblatt bei einem Zwischenbericht und auf der Homepage der Pfarrei bekannt gegeben, ebenso der Ort des Projekts.

Auch die Sparkasse Vorderpfalz, die Vereinigte VR Bank Kur- und Rheinpfalz eG sowie die Bäckerei Martin Weißenmayer haben bereits ihre Unterstützung zugesagt.

Außerdem wird die Gruppe einen der Sonntagsgottesdienste mitgestalten, worüber ebenfalls rechtzeitige Informationen erfolgen. Die Verpflegung wird von einem Küchenteam, bestehend aus Mitgliedern der Pfarrei, übernommen.



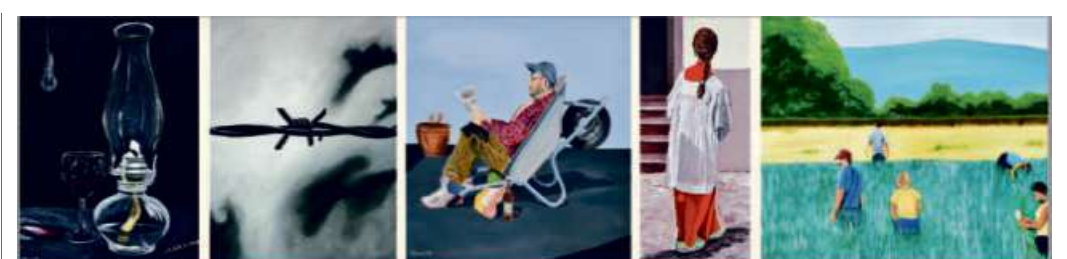
Flashback im Fuchsbau

SCHIFFERSTADT. Flashback ist eine 81-köpfige Rock-Pop-Coverband aus Haßloch. Das Repertoire reicht von den 70ern bis heute, von Klassikern bis zu neueren Hits. Zum Mitsingen und Mitmachen ist also

für Jeden etwas dabei. Die Truppe besteht aus: Holger und Urs (Gitarren), Dominik (Bass), Chris (Drums), Rudolf und Amelie (Gesang), Rob (Keyboard) und Laura (Geige). Die Band und das Fuchsbau-Team freuen sich

auf einen coolen Abend am Samstag, 20. April voller Fun und Musik und das alles gepaart mit richtig guten Flashback(s).

Die Veranstaltung beginnt um 20.30 Uhr, Einlass ab 20 Uhr und der Eintritt ist frei.



Vernissage: Wenn die Wahrheit unbequem ist

SCHIFFERSTADT. Am Sonntag, 21.04., eröffnet im Club Ebene Eins e.V. um 17 Uhr die Ausstellung „Unbequeme Behaglichkeit“ mit Gemälden und Zeichnungen von Karin Bury und Hubert Glomb. Die Vernissage wird mit einer Lesung eigener Texte und perussiver Interpretation durch

Klaus Boch begleitet. Mit Beiträgen, die zum Nachdenken anregen, thematisieren die Kunstschaffenden Pandemie, Krieg, Klimakrise, das Altwerden, Kranksein und schlechte Nachrichten generell. Ohne erhobenen Zeigefinger oder eine Patentlösung werden Ergebnisse aus dem aktuellen

Zeitgeschehen in Frage gestellt und dadurch auch die eigene Behaglichkeit ins Unbequeme gerückt. Die Ausstellung im Club Ebene Eins e.V. in der Burgstraße 23 in Schifferstadt hat bis zum 05.05.2024 sonntags zwischen 11 und 13 Uhr geöffnet. Weitere Infos auf www.clubebeneins.de

Schifferstadter Karatekämpfer international erfolgreich

Vier Medaillen beim Internationalen Westerwald-Cup 2024

SCHIFFERSTADT. Beim dem am 13.04.2024 in Puderbach (Westerwald) stattgefundenen Internationalen Westerwald-Cup erzielten die Karatekämpfer/innen vom Goju-Ryu Karateverein Schifferstadt e.V. in einem starken internationalen Teilnehmerfeld (Algerien, Belgien, Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Nepal, Spanien, Tunesien, Ungarn, 119 Vereine, 670 Teilnehmer) sehr gute Leistungen und sicherten sich vier Medaillenplatzierungen, sowie zwei Top-Five Platzierungen.

Folgende Platzierungen wurden erreicht: 1. Platz Kumite Herren U21 -60kg, Marvin Egerland, 2. Platz



Bild (v.l.n.r.): Marvin Egerland, Alice Giordano, Emilia Weißemayer, Venera Stroh, Yann Horn, Loic Horn, Michael Hoffmann (Trainer)

Kumite Herren Leistungs-kategorie -60kg, Marvin Egerland, 3. Platz Kumite weibl. U16 -47kg, Alice Giordano, 3. Platz Kata weibl. U16, Ve-

nera Stroh, 5. Platz Kumite weibl. U16 +61kg, Emilia Weißemayer, 5. Platz Kumite männl. U16 -70kg, Yann Horn.

FSV 13/23: Wichtiger Heimdreier

SCHIFFERSTADT (mh). Die Partie am vergangenen Sonntagmittag gegen den ASV Waldsee galt dem Motto Wie-



dergutmachung aus dem Hinspiel, als die Mannschaft des FSV nach desolater erster Hälfte nach 90 Minuten mit 3:5 beim Aufsteiger verlor.

Nach dem viel umjubelten Finaleinzug vergangenen Mittwochabend in Altrip wollten

die 13er unbedingt auch im Ligabetrieb für positive Stimmung sorgen und endlich den viertletzten Platz, der wahrscheinlich ein Abstiegsplatz bedeutet, verlassen. Mit einer Mini-Hypothek von drei Punkten auf das rettende Ufer bei noch sieben ausstehenden Spielen starteten die Männer von der Portheide in die Heimpartie gegen den ASV.

Bei sommerlichen Temperaturen entwickelte sich von Beginn an ein kampfbetontes Spiel, welches der FSV mit viel Ballbesitz diktierte. In Hälfte

eins hatten die 13er das Zentrum weitestgehend im Griff, nur selten gelang es dem Gast gefährlich ins letzte Drittel vorzudringen. Durch einen Doppelpack von Fabian Martin sowie einen vermeidbaren Freistoßtreffer der Waldseer stand die Partie nach 45 Minuten 2:1. Ein zufriedenstellendes Ergebnis zur Pause aus Sicht des FSV. Hälfte zwei wurde zum Kraftakt, die warmen Temperaturen sowie das kraftaufreibende Pokalspiel vergangene Woche waren den 13ern anzumerken. Trotz allem dem blie-

ben die Männer in Blau-Weiß wachsam und ließen wenige Chancen für Waldsee zu. Mike Schütz und Fabian Martin vollendeten im Verlauf der zweiten Halbzeit noch zwei Konter zum 4:1 Endstand. Der Sieg der 13er ging in Ordnung, auch wenn dieser eventuell das ein oder andere Tor zu hoch ausfiel.

Da jedoch auch die Konkurrenz weiter punktet, bleibt keine Zeit die Füße hochzulegen. Kommenden Freitagabend steht in Maikammer das nächste wichtige Spiel für die Portheidler an.

Von Heuschnupfen geplagt?

Was Antihistaminika leisten können und was es bei Auswahl und Einnahme zu beachten gilt

Von Ricarda Dieckmann

Heuschnupfen, das klingt niedlich und harmlos. Alle mit einer Pollenallergie wissen aber: Das ist er nicht. Bei der einen sind die Nächte katastrophal, weil die Nase durchgehend dicht ist. Der andere hat in der Pollensaison bei jeder Autofahrt Angst, vom endlosen Niesen überfallen zu werden. Und viele kennen sie: Den großen Wunsch, im Grünen unterwegs zu sein, ohne dass das Immunsystem „Alarmstufe Rot“ signalisiert.

Denn genau das tut die körpereigene Abwehr von Allergikern und Allergikern, wenn umherfliegende Pollen auf Schleimhäute treffen. Der Körper wehrt sich – mit einer laufenden Nase, mit tränenden und juckenden Augen, mit Niesen. Aber es gibt Medikamente, die diese Reaktionen unterbinden.

Wie funktionieren antiallergische Medikamente?

„Der Botenstoff Histamin wird bei Allergien immer wieder in Haut und Schleimhäuten ausgeschüttet“, erklärt Allergologin Prof. Torsten Zuberbier von der Berliner Charité. Damit dieser Botenstoff eine allergische Reaktion auslösen kann, muss er an bestimmte Rezeptoren andocken können. Allergie-Medikamente, sogenannte Antihistaminika, unterbinden das. Antihistaminika gibt es als Tabletten, aber auch als Augentropfen oder Nasensprays. Der Unterschied: Tropfen und Sprays wirken in aller Regel lokal, während Tabletten erst einmal vom Körper aufgenommen werden müssen.

Wie gut wirken Antihistaminika – und wo kommen sie an ihre Grenzen?

Antihistaminika wirken Torsten Zuberbier zufolge gut gegen Niesanfalle, gegen eine laufende Nase, gegen das Kribbeln. Eine Schwachstelle haben sie aber: „Sie wirken aber weniger gut bei einer verstopften Nasenatmung. Hier kommen als zusätzliche Therapie antiallergische Nasensprays zum Zuge.“ Es gibt auch Medikamente, die die Wirkweisen von Antihistaminika und Kortison kombinieren.



Die Pollenallergie verstehen – dabei helfen zum Beispiel Allergienkalender oder die Pollenflugvorhersage des Deutschen Wetterdienstes. Foto: dpa

Welches Medikament ist das Richtige für mich?

In der Gruppe der Antihistaminika gibt es verschiedene Wirkstoffe. Sie heißen zum Beispiel Bilastin, Cetirizin, Desloratadin oder Fexofenadin.

Ganz auf eigene Faust durchprobieren?

Das hält Apotheker Armin Hoffmann für keine gute Idee. „Bei einer Pollenallergie sollte man sich immer in der Apotheke beraten lassen.“ Die Fachleute vor Ort fragen zum Beispiel ab, wie sich die Beschwerden genau äußern und wissen, welches Präparat individuell gut helfen kann. Weil jeder Körper anders tickt, ist es möglich, dass erst das zweite oder dritte Medikament, das man probiert, wirklich Linderung bringt.

Kann ich mir den Arztbesuch mit meiner Pollenallergie also sparen?

Es gibt gute Gründe, nicht nur auf die Selbstmedikation zu setzen. Ein Arzt kann feststellen, ob sich bereits ein al-

lergisches Asthma entwickelt hat. „Außerdem dürfen Allergie-Medikamente auch zulasten der gesetzlichen Krankenkasse verschrieben werden, wenn schwere Symptome vorliegen“, sagt Torsten Zuberbier. Schwere Symptome liegen vor, wenn etwa die Leistungsfähigkeit im Alltag wegen der Allergie einknickt oder der Schlaf leidet.

Stimmt es, dass Antihistaminika müde machen?

Antihistaminika wirken auch auf das zentrale Nervensystem. Früher, bei den Antihistaminika der ersten Generation war Müdigkeit eine starke Nebenwirkung. Die heutigen Präparate sind Antihistaminika der zweiten und dritten Generation. Sie sind so weiterentwickelt worden, dass sie zum einen weniger an die Rezeptoren des zentralen Nervensystems gehen, so Hoffmann. Zum anderen sind sie potenter, können also niedriger dosiert werden. Dass die Allergietablette müde macht, lässt sich aber dennoch nicht ausschließen.

Nehme ich die Medikamente jeden Tag oder nur bei Bedarf ein?

Es gibt einen Fehler, den viele mit einer Pollenallergie machen: Sie schlucken die Allergietablette erst in dem Moment, in dem die Augen brennen oder die Nase läuft. In der Saison sollte man antiallergische Tabletten allerdings vorbeugend jeden Tag einnehmen, also nicht nur bei Bedarf. „Sonst laufen Sie dem Geschehen hinterher. Denn: Die Histamin-Rezeptoren werden immer empfindlicher und damit werden die Beschwerden stärker im Laufe der Zeit“, sagt Torsten Zuberbier.

Und wann im Jahr fange ich mit den Antihistaminika an?

„Es kann nicht schaden, zwei Wochen vor der erwarteten Saison zu beginnen“, rät Torsten Zuberbier. „Denn oft sind dort, wo man lebt, doch schon Allergene in der Luft, auch wenn die Pollenflug-Messstationen noch nichts anzeigen.“ Einen Überblick geben Allergien-Kalender und die Pollenflugvorhersage des Deutschen Wetterdienstes.

Zu welcher Tageszeit nehme ich Antihistaminika am besten ein?

Die modernen Antihistaminika wirken 24 Stunden lang. „Allerdings haben sie ihre hauptsächliche Wirkung in den ersten zwölf Stunden“, sagt Zuberbier. „Diejenigen, die eher nachts Beschwerden haben, können überlegen, die Tablette eher am Abend zu nehmen.“ Wer eher am Tag Probleme hat, nimmt die Tablette am besten am Morgen, sofern keine verstärkte, störende Müdigkeit auftritt.

Was kann ich tun, wenn die Pollenallergie mich trotz Medikamenten weiterhin quält?

Unbedingt einen Arzt oder eine Ärztin aufsuchen – und bitte nicht aufgeben. „Dass man es nicht behandeln kann, das gibt es nicht“, sagt Torsten Zuberbier. Der Arzt oder die Ärztin kann prüfen, ob andere – möglicherweise rezeptpflichtige – Medikamente helfen können. Und vor allem: ob eine sogenannte Hyposensibilisierung sinnvoll ist, also an eine Therapie, die die Pollenallergie an ihrer Wurzel packt.

Bauern müssen mehr Pacht zahlen

Bei Agrarflächen sieht das Statistische Bundesamt einen Anstieg von neun Prozent gegenüber 2020

WIESBADEN (dpa). Die Pachtpreise für Agrarflächen in Deutschland sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Im vergangenen Jahr lag das jährliche Entgelt je Hektar im bundesweiten Schnitt bei 357 Euro, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilt. Das sei ein Anstieg von neun Prozent gegenüber 2020 (329 Euro).

Regional gab es demnach große Unterschiede. Während im Saarland ein durchschnittliches Pachtentgelt von 99 Euro veranschlagt wurde, wurden in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich 560 Euro fällig. Auch in Niedersachsen (548 Euro), Schleswig-Holstein (479) und Bayern (415) lagen die Pachtentgelte deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Bei den Rechtsformen und der bewirtschafteten Fläche gab es den Angaben zufolge ebenfalls große Abweichungen. So waren 2023 etwa 85 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland Einzelunternehmen, davon mehr als die Hälfte im Nebenerwerb geführt. Mit einem Anteil von 12 Prozent waren Personengemeinschaften und -gesellschaften sowie Juristische Personen (2 Prozent), zu denen Aktiengesellschaften und GmbH gehören, klar in der Minderheit. Sie bewirtschafteten aber zusammen im Durchschnitt mit 176 Hektar je Betrieb

deutlich größere Flächen als Einzelunternehmen mit 46 Hektar. Auch ihre Marktposition gegenüber kleineren Betrieben ist stark: Personengemeinschaften und -gesellschaften sowie Juristische Personen bewirtschafteten laut Statistik zusammen rund 39 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Deutschland.

WWF: „Boden ist Spekulationsobjekt“

Die Umweltorganisation WWF äußerte daran Kritik: „Boden ist Spekulationsobjekt“, sagte Rolf Sommer, Leiter des Bereichs Landwirtschaft und Landnutzung bei WWF Deutschland. Deutschlands Landwirtschaft brauche Vielfalt, doch die europäische Agrarpolitik gehe in die falsche Richtung. EU-weit flössen 80 Prozent der Direktzahlungen der Agrarpolitik an nur 20 Prozent der Betriebe. „Das ist ungerecht und zementiert den negativen Trend zur Landkonzentration und zum Landbesitz als Vermögensanlage“, so Sommer. Perspektivisch müssten die pauschalen, an die Fläche gebundenen Direktzahlungen abgeschafft werden. Fördergelder solle es für gesellschaftlich relevante Leistungen wie den Erhalt von Artenvielfalt, Schutz von Grundwasser und Klima oder Tierwohl geben.



ROMAN



Donna Leon, Gehime Quellen
Aus dem Amerikanischen
von Werner Schmitz
© 2020 by Diogenes Verlag AG Zürich

Folge 80

Er nahm die Autos als groben Maßstab und schätzte den Abstand zwischen den Gebäuden auf höchstens hundert Meter, dazwischen lagen Rasenflächen. Von jedem Parkplatz führte ein Fußweg zum Fluss, bei dem Haus rechts außen wurde er von einer hohen Hecke gesäumt, deren Grün sich von den kahlen Flächen abhob. »Das ist eins der von Doktor Veltrini betreuten Gebiete«, erklärte Signorina Elettra und wies auf das Gebäude mit der Hecke. »Was sind das für Unternehmen?«, fragte er.

Sie holte die Information auf den Bildschirm. Das Gebäude links diente als Logistikhalle für eine Supermarktkette: daher die vielen Lastwagen an der Laderampe.

Das in der Mitte war ein Auslieferungslager für Ikw-, Traktor- und Motorradersatzteile. Die Lastwagen an der Laderampe waren kleiner als die des Supermarkts.

Das rechte Gebäude beherbergte eine Fabrik, die neben Kabeln und Autozubehör insbesondere Polstersitze für Luxusautos anfertigte. Hier standen nur wenige Lieferwagen.

»Das ist alles?«, fragte er. Sie nickte.

»Können Sie mir die Liste mit den Eigentümern und Mietern ausdrucken?«, fragte Brunetti; er hatte lange genug auf den Bildschirm gestarrt. Papier kam ihm immer noch irgendwie wirklicher vor. Chiara und Raffi mochten mit einer papierlosen Welt zufrieden sein, und er ließ ihr hohes Umweltbewusstsein durchaus gelten.

Er selbst aber zog Papier vor. Hatte Augustinus nicht gesagt: »Gott, mach mich keusch, aber noch nicht jetzt?« Doch, so dachte er, während seine Tochter sich für die Erhaltung der Natur einsetzte, taute viele seiner Mitbürger alles dafür, sie zu zerstören. Woche für Woche las er von Waldbränden, größeren oder kleineren, Folge von Brandstiftung oder der rücksichtslosen Gleichgültigkeit seiner Landsleute gegenüber ihrem gemeinsamen Erbe. Vor Brunetti innerem Auge tauchte wieder der Kühlschrank aus dem Schlamm des Rio dei Lustrafieri auf. Als Signorina Elettra ihm den Ausdruck reichte, meinte er: »Ich denke, Vianello sollte das lesen. Schicken Sie ihm eine Kopie?« Überrascht fragte sie zurück: »Haben Sie sich nicht den Dienstplan für heute angesehen?« Das tat Brunetti selten, wollte es aber nicht zugeben. »Dazu hatte ich keine Zeit. Warum?«

»Der Ispettore ist heute in Mestre, morgen und vielleicht auch noch übermorgen«, sagte sie.

»Warum?«

»Er sagt als Zeuge in einem Prozess aus«, begann sie und korrigierte sich gleich: »Eigentlich eine Anhörung, kein Prozess. Das sind schließlich Minderjährige.«

Die Stadt wurde seit Monaten von Jugendkriminalität heimgesucht; erst vor einer Woche waren vier Mitglieder der baby-gang festgenommen worden, die gleichaltrige Kinder überfallen und ausgeraubt hatten. »Wie kann es da schon eine Anhörung geben? Nach einer Woche?«

»Entschuldigen Sie, Signore, aber es geht nicht um diese Gang. Sondern um die, die vor zwei Jahren festgenommen wurden.«

»Und die Anhörung ist erst jetzt?«, fragte er nicht sonderlich überrascht. »Die müssen inzwischen achtzehn sein.«

»Anzunehmen«, stimmte Signorina Elettra ebenso gelassen zu.

»Dann schicken Sie den Ausdruck bitte Claudia«, bat er, absichtlich den Vornamen benutzend.

»Das habe ich bereits getan, Commissario«, sagte sie.

Er stutzte kurz. »Gut. Könnten Sie uns die Dienstpläne für Spattutos Angestellte besorgen? Und stellen Sie die Namen aller Personen zusammen, die in den Zeitungsartikeln über Fadalto's Tod erwähnt wurden.«

Signorina Elettra verschränkte die Arme und sah auf ihren Bildschirm. Lebewesen mit empfindlicherem Gehör – Hunde vielleicht, dachte Brunetti – würden jetzt das Rattern der Rädchen in ihrem Kopfhörer hören.

Sie blickte lächelnd auf. »Interessante Möglichkeiten, Signore.«

Brunetti nickte. »Wir haben eine Menge Puzzleteile«, sagte er, »können aber nicht mal zwei davon zusammenbrin-

gen. Nichts passt aneinander: Fadalto's Aufgabe war es, unreinigte Wasserproben einzusammeln, aber das Labor hat keine Verunreinigungen protokolliert. Fadalto's Frau sagt, die haben ihn getötet, aber wer sind die? Und jetzt ist auch sie tot, und wir werden niemals erfahren, was er gefunden oder gewusst hat. Dann dieses »schlechte Geld«, aber wir wissen noch von gar keinem Geld. Ein Mann hält sich für Don Juan, aber zwei Frauen sehen das ganz anders.«

»Wie ungewöhnlich, Signore«, meinte Signorina Elettra grinsend.

Er hielt die Papiere, die sie ausgedruckt hatte, schützend vor sich: »Danke dafür«, sagte er und wandte sich zum Gehen.

»Ich nehme mir das noch mal vor«, sagte sie, und fast glaubte er, Jagdhörner in ihrer Stimme zu vernehmen.

»Nur zu, Signorina!«, gab er zurück und ging nach oben.

Fortsetzung folgt

22 Verletzte bei Brand in Trierer Flüchtlingsheim

TRIER (dpa). Bei einem Brand von Wohncontainern einer Aufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Trier sind 22 Menschen verletzt worden. 20 Bewohner wurden am Samstag nachmittag leicht verletzt, sechs von ihnen kamen zur Behandlung in Kliniken. Ein Sanitäter und eine Polizistin hätten bei dem Einsatz ebenfalls Verletzungen erlitten, teilte die Stadt mit. Die Ursache für das Feuer blieb laut Polizei auch am Sonntag vorerst unklar.

Schifferstadter
Tagblatt -
Die lesenswerten Seiten
von Schifferstadt!

Kindernachricht des Tages

Am Seil hoch auf den Eiffelturm



Foto: dpa

An einem dicken Seil kletterte die Französin Anouk Garnier in nur 18 Minuten vom Boden bis zum zweiten Stock des Eiffelturms und damit 110 Meter hinauf! Der Eiffelturm ist das berühmteste Wahrzeichen von Paris, der Hauptstadt von Frankreich. Damit hat die 33 Jahre alte Extremhindernissportlerin einen neuen Weltrekord im Tauklettern aufgestellt. Garnier hatte sich eineinhalb Jahre intensiv auf die Aktion vorbereitet. Du kannst das ja mal beim Sport ausprobieren – ein Kletterseil in der Turnhalle ist ungefähr drei bis sechs Meter lang. (nig)



Mehr Nachrichten für Kinder und alles über die Kinderzeitung „Kruschel“ gibt es auf www.kruschel.de

KURZ NOTIERT

50 Männer stoppen Rettungswagen

BERLIN (dpa). Eine aufgebrachte Menschenmenge in Berlin-Neukölln hat einen Rettungswagen bei einer Blaulichtfahrt mitten auf der Straße gestoppt und zwei Männer mit Stichverletzungen in den Wagen gesetzt. Die Sanitäter im Rettungswagen hätten einen Patienten transportiert, sagte ein Feuerwehr-Vertreter. Nachdem sie von den etwa 50 Männern gestoppt worden seien, hätten sie umgehend die Polizei alarmiert und dann die insgesamt drei Patienten ins Krankenhaus gebracht.

Messerangriff auf einen Priester

SYDNEY (dpa). In der australischen Millionenmetropole Sydney ist es am Montag erneut zu einem Stich-Angriff mit mehreren Verletzten gekommen. Ein Mann sei festgenommen worden, teilte die Polizei von New South Wales auf der Plattform X mit. Ein Opfer des Angriffs im westlichen Vorort Wakeley soll Medienangaben zufolge ein Priester der örtlichen Assyrer-Gemeinde sein, der am frühen Abend in der Kirche eine Messe abhielt. Im Internet veröffentlichte Aufnahmen, die aus der Live-Übertragung des Gottesdienstes stammen sollen, zeigten, wie während der Messe ein Mann auf den Priester zugeht und auf ihn einhieb.

Hochwasser steigt um 1,5 Meter

KURGAN/ORENBURG (dpa). Die Lage im russischen Hochwassergebiet verschlechtert sich nach Behördenangaben weiter. Insgesamt seien aktuell bis zum 15.600 Wohnhäuser und rund 28.000 bewohnte Grundstücke überflutet, wie die Behörden am Montag mitteilten. Als besonders gefährlich gilt die Situation für die Menschen im Gebiet Kurgan, wo das Hochwasser des Flusses Tobol im Südwesten Sibiriens innerhalb von 24 Stunden um anderthalb auf rund 6,50 Meter anstieg. Betroffen waren auch die Region Orenburg durch Rekordwasserstände im Fluss Ural.

Arbeiterstadt ohne Allüren

Bayer-Kreuz dominiert Heimat des Fußballmeisters / Leverkusener Titelfeier nicht auf dem Rathaus-Balkon – denn es gibt keinen

Von Jonas-Erik Schmidt und Christoph Driessen

LEVERKUSEN. Als kleinere Stadt neben einer großen Stadt hat man es nicht leicht. Frankfurt blickt auf Offenbach herab, Nürnberg auf Fürth und Mannheim mitunter auf Ludwigshafen. Und in Leverkusen, tja – da muss man sich gelegentlich von Kölnern anhören, man sei ja nur der „Parkplatz“ der eigenen angeblichen Weltstadt. „Ganz böswillig“ nennt diesen Vergleich der Komiker Ralf Schmitz. Als Kronzeuge dient der 49-Jährige aber nur bedingt: Schmitz ist in Leverkusen-Opladen geboren und aufgewachsen. Das macht befangen.

Was also ist Leverkusen? Die Frage dürfte sich nun ein beträchtlicher Teil von Deutschland stellen, denn Fußball ist in Deutschland wichtig – und Leverkusen nun Heimat eines deutschen Fußballmeisters. Nach einer halben Ewigkeit hat Bayer 04 Leverkusen die scheinbar ewig währende Dominanz des FC Bayern in der Bundesliga gebrochen. Gar nicht schlecht für eine Stadt, die mal in einem Lied der Blödel-Band Die Doofen für den Nonsens-Reim „Wir fahren jetzt nach Leverkusen, da ham' die Mädchen Lederblusen“ erhalten musste.

Chemiker baut im Jahr 1860 Siedlung um Fabrik herum

Will man sich Leverkusen sachlich nähern, muss man es zunächst verorten. Leverkusen liegt nördlich von Köln, im Grunde gehen beide Städte ineinander über. Schon der Name deutet auf die industrielle Prägung hin. Er geht auf eine Fabriksiedlung zurück, die ein gewisser Dr. Carl Leverkus von 1860 an um seine Ultramarinfabrik herum gegründet hatte. Heute schaut der längst verblichene Chemiker und Apotheker Passanten als Büste mit einem recht neutralen Gesichtsausdruck durch eine Glasscheibe am Leverkusener Rathaus an.

In diesem Rathaus sitzt an einem Nachmittag Anfang April Oberbürgermeister Uwe



Ein nächtlicher Hingucker: Das überdimensionale Bayer-Kreuz (oben) dominiert die Silhouette der Stadt Leverkusen. Bei Tageslicht herrscht hingegen graue Tristesse in der Arbeiterstadt (ganz links). Auch das Rathaus (links) wirkt aus der Zeit gefallen, allerdings eher aus der Zukunft, da das „Ufo“ auf der Einkaufspassage eher futuristisch wirkt. Fotos: dpa

Richrath und hat keinen Balkon. Das Rathaus, das ein wenig wie ein auf einem Einkaufszentrum gelandetes Ufo aussieht, hat keinen natürlichen Ort, an dem sich eine Meistermannschaft dem Volk zeigen könnte. Weil im Fußballkennern-Milieu ein Witz auch gerne mal zwei- oder dreimal erzählt wird, war dieses architektonische Understatement in den vergangenen Wochen Dauerthema. Richrath ist sehr entspannt, er trägt einen Bayer-Schal. Der Katholik hat in seiner Heimatgemeinde eine Kerze für den Titelgewinn angezündet. „Wir sind eine beschei-

dene Stadt“, erklärt er. Insofern stehe Leverkusen auch nicht für klassisches rheinisches Frohnaturtum. „Bei uns kommt noch die Industrietradition dazu.“

Reichlich Beton, graue Farben, Schornsteine

Es fehlt das ungebremste Joviale, teils auch etwas Unseriöse, das etwa dem stereotypen Kölner nachgesagt wird. Richraths Stadt ist eher eine Mischung aus Rheinland und Ruhrgebiet. In Leverkusen, so sagt man, wird das Geld verdient. Und in Köln oder Düssel-

dorf wird es ausgegeben. Die konzentrierte Leistungsorientierung des Clubs passe hervorragend zu der Stadt, meint Richrath. „Der Bayer hat immer sehr konsequent gearbeitet.“ „Der Bayer“ – so nennt man hier den Club, die Bayer 04 Leverkusen Fußball GmbH, der vor 120 Jahren als Turn- und Spielverein der Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co. in Leverkusen gegründet wurde.

Wenn man Richrath fragt, was sich ein Tourist in Leverkusen anschauen müsse, nennt er keine Naturdenkmäler oder fancy Cafés – er nennt erstens

das Fußballstadion und zweitens das in den Nachthimmel leuchtende Bayer-Kreuz, das gigantische Symbol des Chemie- und Pharmakonzerns. Man bekommt den Eindruck, dass da jemand weiß, wo sein Platz ist.

Zur Wahrheit gehört, dass man beim Blick aus dem Rathaus auf die Innenstadt eine Ahnung davon bekommt, warum der Kölner Witz mit dem „Parkplatz“ verfangen konnte. Man sieht reichlich Beton, graue Farben, Schornsteine.

Das weist auch Komiker Ralf Schmitz nicht von sich. „Leverkusen ist meine Heimat, ich lie-

be sie. Es gibt dort unglaublich schöne Flecken“, betont er. Gleichwohl halte sich das „Gerücht“ im Ort, dass Leverkusen bei einer Umfrage zu den schönsten Städten Deutschlands nur den 100. Platz erreicht habe. „Auch ich muss zugeben, dass es durchaus architektonisch – nicht menschlich! – in Leverkusen Orte und Auswüchse gibt, an denen man sagt: Heidewitzka, musste das unbedingt sein?“, sagt Schmitz. „Ich glaube, es gibt heute noch Menschen in Leverkusen, die vor dem neuen Rathaus auf die Knie fallen, an das alte denken und anfangen, zu weinen.“

Kinder entdecken Knochen von Ur-Elefanten

Ungewöhnlich gut erhaltene Überreste von drei Tieren bei München gefunden / Wissenschaftler sprechen von einem Glücksfall

TAUFKIRCHEN AN DER VILS (dpa). Der Oberarm wiegt 100 Kilogramm, das Schulterblatt hat einen Durchmesser von fast einem Meter: Die Ur-Elefanten, die vor über zehn Millionen Jahren im Raum München lebten, waren riesig. Die ungewöhnlich gut erhaltenen Überreste von drei Tieren wurden im Kreis Erding gefunden und sind Experten zufolge von der Menge der Knochen und deren Zustand her eine Sensation.

Am Montag stellte Peter Kapustin, Leiter und Gründer des Ur-

zeitmuseums in Taufkirchen an der Vils, den Fund vor. Die Tiere, die bis zu 13 Tonnen schwer wurden und über vier Meter Schulterhöhe erreichten, gehörten der Gattung Deinotherium und der Art Deinotherium giganteum an. Charakteristisch sind die nach unten gebogenen Stoßzähne des Unterkiefers. Die meisten anderen Gattungen von Ur-Elefanten hatten damals sogar vier Stoßzähne, ein Paar unten und ein Paar oben.

Kapustins neun und zehn Jahre alte Söhne hatten vor einem

Jahr bei der Fossilien suche mit dem Vater an einem Abhang an einem Fuchsbau den ersten Knochen entdeckt.

Nun liegen rund 120 Knochen vor. Darunter sind Schädel und Stoßzähne eines Jungtieres, das zu 70 Prozent erhalten ist. Das sei „spektakulär“, sagt Gertrud Rößner, Oberkonservatorin für fossile Säugetiere an der Bayerischen Staatssammlung für Paläontologie und Geologie, die in die Bewertung des Fundes eingebunden war. „Dass diese Ur-Elefanten hier lebten, wissen wir.

Aber relativ vollständige Skelette sind selten.“

Auch Knochen einer Raubkatze und eines Ur-Nashorns kamen zutage. Ein Zahn des Nashorns steckt am Wirbelfortsatz eines Elefanten. Es sei nicht so, dass das Nashorn etwa den Elefanten jagte, vielmehr seien vermutlich die Knochen der Tiere – auch der Katze – in dem damaligen Flusslauf zusammen gespült worden. „Solche kleinen Säugetierfunde sprechen für eine sehr schnelle Einbettung in die Flusssedimente“, erläuterte der Geo-

loge Alexander Benn. Andernfalls wären die Knochen nicht erhalten geblieben. Für die Deinetorien als größte Landsäugetiere Europas sei es die größte Fundstelle, die je entdeckt wurde, sagte der geologische Präparator, Nils Knötschke. Er sprach von einem Glücksfall für die Wissenschaft. Das zweite gut erhaltene Tier war bereits größer und älter, jedoch noch nicht ausgewachsen, sodass daran auch die Entwicklung der Tiere sichtbar werde. Von dem dritten Tier wurde ein Oberschenkelknochen gefun-

den. Nach ihren Findern, Kapustins Söhnen, erhielten die besser erhaltenen Tiere die vorläufigen Namen „Little Consti“ und „Big Alex“.

Warum die Knochen alle an einer Stelle gefunden wurden, ist offen. Dass sie wie heutige Elefanten zum Sterben einen Ort aufsuchten und es sich somit um einen urzeitlichen „Elefantenfriedhof“ handelte, wäre möglich, sagt Rößner, „aber sicher ist das nicht zu beantworten“. Aus Bayern sind relativ viele Überreste von Ur-Elefanten bekannt.

LEUTE HEUTE

Ausstieg

Sänger und Entertainer **Giovanni Zarrella** (46) steigt bei der ProSieben/Sat.1-Show „The Voice of Germany“ aus. „In meiner Welt ist es so, wenn ich etwas mache, dann mit 100 Prozent“, sagte Zarrella auf Instagram. Seine 100 Prozent seien jetzt erreicht, „denn vor allem möchte ich auch weiterhin für meine Familie da sein. Das ist das allerwichtigste.“



Giovanni Zarrella

Ausflug

Der Hamburger Sänger **Sasha** (52) kann sich einen Ausflug ins Fernsehen vorstellen. „Eine eigene Fernsehshow fänd' ich toll, das würde ich gerne noch verwirklichen“, sagte Sasha in der deutschen Ausgabe des „Playboy“. Ein wenig Vorerfahrung habe er bereits, denn auch seine derzeitige Revue-Tour „This Is My Time“ sei von klassischen Fernsehshows inspiriert.



Sasha

Angewohnheiten

Phil Laude (33) hat über die Serie „Almania“ seinen eigenen inneren Spießler mehr lieben gelernt. Der Komiker erkennt in sich so manchem Wesenszug des typischen „Almans“ wieder. „Ich habe zum Beispiel eine Lade, in der ich Papier- und Plastiktüten sortiere“, gestand Laude. „Auf Reisen habe ich einen Mehrfach-Würzler dabei. Und ich mag generell gern Regeln. Das gibt mir eine Sicherheit.“



Phil Laude Fotos: dpa